

die entscheidung.de



Politik leben – Politik gestalten



Viel neues im Osten

Lothar Späths Ideenschmiede

Nach mir der Sinkflug

Wo landen Scharpings A400M?



12,80 €
zzgl. Versandkosten,
jetzt telefonisch bestellen:
0 24 72 - 98 21 18

Autoren:

Leszek Balcerowicz, Präsident der Polnischen Nationalbank · **Carlo Azeglio Ciampi**, Staatspräsident der Republik Italien · **Pat Cox**, Präsident des Europäischen Parlaments · **Jacques Delors**, Präsident der Europäischen Kommission a.D., Karlspreisträger 1992 · **Dr. Wim Duisenberg**, Präsident der Europäischen Zentralbank · **Rainer Emschermann**, Mitglied des Kabinetts von Kommissionsmitglied Michael Schreyer · **Friedrich Merz**, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag · **Jens Peter Paul**, Hauptstadtkorrespondent des Hessischen Rundfunks · **Dr. Hans Reckers**, Präsident der Landeszentralbank Hessen · **Dr. Michaele Schreyer**, EU-Kommissarin für Haushalt · **Pedro Solbes Mira**, EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung · **Dr. Theo Waigel**, Bundesminister der Finanzen a.D. · **Prof. Norbert Walter**, Chefvolkswirt der Deutschen Bank AG

Der Euro und Europa

Karlspreisträger 2002:

Der Euro

Herausgegeben von: Armin Laschet MdEP / Friedbert Pflüger MdB
ISBN 3-924182-52-3, Preis: 12,80 €, 146 Seiten

Der Internationale Karlspreis zu Aachen geht im Jahre 2002 an den Euro. Er ist das bislang größte Integrationsprojekt in der Geschichte Europas. Damit wird mit dieser höchsten internationalen Auszeichnung für europäische Verdienste erstmals nicht eine Person gewürdigt, sondern eine Idee, die Anfang der 70er Jahre Gestalt annahm und mit deren Realisierung die europäische Einigung unumkehrbar wurde. Die erfolgreiche Einführung des Euro-Bargeldes vor wenigen Monaten und die hohe Akzeptanz bei

den Bürgerinnen und Bürgern hat das enorme Integrationspotential der gemeinsamen Währung noch einmal unter Beweis gestellt. Die Entscheidung des Direktoriums für den Euro verdeutlicht aber auch die Bedeutung, die die Gemeinschaftswährung für die Zukunft Europas hat. Das Buch lenkt daher den Blick auf diejenigen, die die gemeinsame Währung tatsächlich durchgesetzt haben. Es analysiert Auswirkungen des Euro auf die politische Union Europas und belegt, dass der Euro mehr ist als ein Geldstück.

WEISS
V E R L A G

Postfach 30
52153 Monschau
Tel. 0 24 72 / 98 21 18
ALenders@weiss-druck.de

Hallo!



Konstantin Schwab

kschwab@junge-union.de

Chefredakteur

In diesen Tagen erleben wir, wie viele Menschen ihre Wahlentscheidung vom 22. September bereuen. Vom „Abgabenschock“ ist die Rede. Die täglich neuen Einfälle von Rot-Grün verunsichern viele. In dieser Ausgangslage zu Beginn der 15. Legislaturperiode muss sich auch die Union als oppositionelle Kraft neu ausrichten. Wie positioniert sie sich? Was sind ihre Themen und Botschaften? Was muss auch die Junge Union tun, um am Puls der Zeit zu bleiben, um die Jungen im Land für sich zu interessieren? So heißen die Fragen der Zeit.

Der Deutschlandtag in Düsseldorf bot viel Gelegenheit, auch kontrovers über die Wertvorstellungen und Erwartungshaltungen der jungen Generation zu diskutieren. Die wichtigsten Befunde und Schlussfolgerungen findet Ihr in diesem Heft. Natürlich wird auch der neue Bundesvorstand um Philipp Mißfelder vorgestellt.

Also viel Spaß beim Lesen!

Euer

Konstantin Schwab

Liebe Freundinnen und Freunde,



die@entscheidung.de

Bundesvorsitzende der JU Deutschland

Der JU-Deutschlandtag liegt erfolgreich hinter uns. In Düsseldorf wurden die Weichen für die Arbeit der Jungen Union in den kommenden Jahren gestellt. 11 von 19 Mitgliedern des neugewählten Bundesvorstandes gehören diesem Gremium erstmals an und werden unserem Anspruch, das Sprachrohr unserer Generation zu sein, mit neuen Ideen gerecht werden. Zugleich haben wir viele langjährige Weggefährten - allen voran Hildegard Müller und Georg Fahrenschon - verabschiedet, die der JU jedoch weiterhin in unseren beiden Mutterparteien erhalten bleiben. Meine Wahl zum neuen Bundesvorsitzenden empfinde ich als großen Vertrauensbeweis, danke allen für die Unterstützung und werde die Erwartungen nicht enttäuschen. In meiner Antrittsrede auf dem Deutschlandtag habe ich angekün-

digt, in den ersten hundert Tagen meiner Amtszeit einhundert JU-Verbände besuchen zu wollen. Ich möchte mir ein Bild vor Ort verschaffen, was unsere vielen tausend Funktionsträger denken und welche Wünsche und Forderungen sie an den Bundesverband haben. Weiterhin nehme ich gerne Einladung im ganzen Bundesgebiet an oder stehe Euch via Internet bei Fragen und Anregungen zur Verfügung (philipp.missfelder@junge-union.de). Auch in inhaltlicher Hinsicht wollen wir aktiv sein: Der unbefriedigende Ausgang der Bundestagswahl und vier weitere Jahre in der Opposition bieten der Jungen Union die Chance, sich durch Sacharbeit zu profilieren. Dabei stehen wir in keiner „Koalitionsdisziplin“, die zur Zeit den Jusos und der Grünen Jugend die Hände bindet, um die knappe Schröder-Mehrheit im Bundestag nicht zu

gefährden. Angesichts der großen Probleme unseres Landes wie Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsmisere und Krise der Sozialsysteme müssen wir die Chance nutzen, Missstände beim Namen zu nennen und Alternativen aufzuzeigen. Mit dem Düsseldorfer Leitantrag haben wir dazu eine gute Grundlage erarbeitet - denn ohne ein „Ja zu Werten!“ fehlen dem politischen Handeln jeder Maßstab. Die ENTSCHEIDUNG wird im kommenden Jahr beim notwendigen Informationsfluss innerhalb unseres Verbandes eine noch wichtigere Rolle als bisher spielen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Euch!

Herzliche Grüße

Euer

PM

POLITSPIEGEL

Münze will keine Liebe,
Rolle rückwärts,
Thierse auf Crash-Kurs **5**

POLITIK, MAL EHRlich

Satire **6**

IMPRESSUM

7

SCHWERPUNKT

„Die Wachstumszahlen
werden korrigiert
werden müssen“
Gregor Mayer **8-11**



Von Anträgen
und Altbier
Sidney Pfannstiel **12-13**

Party on, Wayne
Sidney Pfannstiel **14-15**



Der Bundesvorstand
der Jungen Union **16**



Beschlüsse zum
Leitantrag der
Jungen Union **17**

Har(t)z, der kittet
und nicht klebt
Andreas Gerhards **18-19**



Nach mir der Sinkflug
Natalia Stanitzek **20-21**

POLITIK

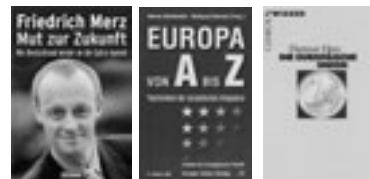
Pole-Positionen
in der Welt
Maximilian Benner **22-24**

GLOSSE

Des Kanzlers
Gürtelschnalle
Konstantin Schwab **25**

BUCHBESPRECHUNG

Europa als Maßstab
aller Dinge
Volker Nies **26-27**



UNSERE ENTSCHEIDUNG

Fort- und Weiterbildung
Schulungen **28**

INTERAKTIV

Bits und Bytes
und Broadcast **29**

AKTIV

Aus den Verbänden **30-33**

NEUE VORSTÄNDE

34

Münze will keine Liebe

„Man kann nicht in jedem Augenblick Volkes Liebling sein“, sagt Franz Müntefering im ZDF. Und der Liebling des Volkes ist er derzeit ganz bestimmt nicht. Wie keiner seiner Mannschaft. Das Volk nämlich murrte laut vernehmbar über die rot-grünen Blitz-Einfälle zu Steuern und Sozialabgaben. Aber der Polit-Brutalo Münze ist abgebrüht genug, um auf die einfältige Gemütsregung des gemeinen Mannes keinen Pfifferling zu geben. Und im Moment haben der SPD-Fraktionsboss und seine Genossen Sympathien nicht nötig. Man hat ja die Macht. So kann man mit Vox Populi natürlich auch verfahren.

e

Thierse auf Crash-Kurs

Der Bart der Nation ist mit seiner Dienstlimousine in einen Verkehrsunfall geraten. Ein anderer Verkehrsteilnehmer hat die Parlamentspräsidentenkarosse in Berlin-Mitte von hinten gerammt. Dem prominenten Insassen ist jedoch zum Glück kein Leid geschehen. Alle Beteiligten kamen mit dem Schrecken davon, beschwichtigte die Polizei. Zur gleichen Zeit tagte wenige Straßen entfernt im Kanzleramt die Koalitionsrunde. Genaueres über den Umfang der Schäden, die dabei entstanden, ist noch nicht bekannt. Bei einem kleinen Blechschaden wird es aber wohl nicht bleiben.

e

Rolle rückwärts

Alter schützt vor Torheit nicht. Das ist das Motto des neuen Bundeskabinetts. Auf knapp 800 Jahre bringt es die Ministerriege, die für Aufbruch und Erneuerung stehen soll. Rüstige Pensionäre wurden in Amt und Würden gebracht. Zu ihnen gehört auch Ex-Ministerpräsident, Ex-Kirchenjurist und Ex-werweiß-was-noch-alles Manfred Stolpe (66). Doch dafür gab's Kritik. Erstmals sitze „die Firma“ mit am Kabinettstisch der Bundesrepublik, spottet der SPD-Abgeordnete und frühere DDR-Bürgerrechtler Stephan Hilsberg.

Aber es ist ja schon gute Tradition der Ära Schröder, gescheiterte und zurückgetretene Ministerpräsidenten in Berlin zu recyceln. Siehe Eichel, siehe Klimmt, siehe Clement.

e



Die Firma sitzt mit am Tisch: Bury, Trittin, Stolpe





„Schon gewusst, Gerhard? Arbeitslose und Kuchen haben was gemein:
Wenn Du nicht aufpasst, kleben sie dir an der Jacke.“

sidney.pfannstiel@junge-union.de



Neulich abends
im Wirtschafts-
ministerium...

Herausgeber:

Bundesvorstand Junge Union Deutschlands,
Inselstraße 1b, 10179 Berlin
Tel. (0 30) 27 87 87-0, Fax (0 30) 27 87 87-20,
ju@junge-union.de · www.junge-union.de

Redaktionsbüro:

DIE ENTSCHEIDUNG, Inselstraße 1b, 10179 Berlin
Tel. (0 30) 27 87 87-0, Fax (0 30) 27 87 87-20,
die@entscheidung.de · www.entscheidung.de

Redaktioneller Beirat:

Sascha Drescher (Mitglied im Bundesvorstand)
Christian Wulf (Bundesgeschäftsführer)

Redaktion:

Steffen Bilger, Dr. Peter Fellmer, Thomas Fürst,
Astrid Jantz, Jan.-H. Klaps, Georg Milde, Volker
Nies, Sidney Pfannstiel (Chef vom Dienst),
Jan Redmann, Heiko Rottmann, Nicolai Schenk,
Konstantin Schwab (Chefredakteur), Natalia
Stanitzek (stellv. Chef vom Dienst), Daniel Walther

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Andreas Gerhards, Gregor J. Mayer

Fotoredaktion:

Seiten 7, 8, 14, 15: Sidney Pfannstiel; Seiten 10, 12,
13: Philipp Niermann; Seite 22/23/24 Kohl, Gorbatschow,
Bush sen. und Reagan: aus www.helmut-kohl.de (Konrad-Adenauer-Stiftung); Bush jun.:
© Eric Draper, White House; Nato-Foto und Nato-
Logo: www.nato.int; alle weiteren Fotos: Frank
Ossenbrink, www.politikfoto.de, JU Archiv,
Weiss-Verlag Archiv

Verlag:

Weiss Verlag GmbH & Co. KG, Industriestraße,
Postfach 30, 52153 Monschau-Imgenbroich
Tel. (0 24 72) 982-118, Fax (0 24 72) 982 229
Objekt- und Anzeigenleiter: Alexander Lenders
alenders@weiss-druck.de · www.weiss-druck.de

Satz & Druck:

Weiss Verlag GmbH & Co. KG, Industriestraße,
Postfach 30, 52153 Monschau-Imgenbroich
Tel. (0 24 72) 982-0, Fax (0 24 72) 982 200
Layout & Satz: M. Wolters-Stormanns
mwolters-stormanns@weiss-druck.de

Gefördert durch das Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend. Namentlich gekenn-
zeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion wieder. Haftungsausschluss für unver-
langt eingesandte Manuskripte und Bilder.
Erscheinungsweise: elfmal im Jahr.
Bezugpreis: im Abonnement 15,34 Euro/jährlich.
Titelgestaltung: Weiss-Verlag GmbH & Co. KG,
M. Wolters-Stormanns

Die Entscheidung findet sich online unter
www.entscheidung.de

Der Herr rechts heißt
Jürgen W.
Politisch gesehen hängt
er am seidenen Faden.

Mehr davon? Bitte.

die
entscheidung.de

Jetzt
3 Monate
probelesen.
Kostenlos.

Das Magazin der Jungen Union im Probe-Abo.
Einfach per Email (die@entscheidung.de) oder
per Post an Die Entscheidung, Inselstraße 1b,
10179 Berlin (Stichwort: Probe-Abo) bestellen.
Den Rest machen wir.

**Ihre Nachbarn neidgelb,
ihr neuer Pool azurblau,
ihre Baufinanzierung: wüstenrot.**

**wünsche werden
wüstenrot**

Bausparen & Baufinanzierung · Geldanlage · Altersvorsorge

Auch wenn's nicht gleich der eigene Pool sein soll – mit einer zinsgünstigen Finanzierung von Wüstenrot muss kein Wunsch nur ein Wunsch bleiben. Gute Ideen rund ums Geld gibt's bei Ihrem Wüstenrot-Berater – vom Bausparen bis zur Altersvorsorge. Oder unter www.wuestenrot.de

Ein Unternehmen der Wüstenrot & Württembergische AG

„Die Wachstumszahlen werden korrigiert werden müssen!“



Voneinander partizipieren: Fürst, Späth und Mißfelder

Das große ENTSCHEIDUNGs-Interview mit Lothar Späth

Kombiniert man Wirtschaft und Politik, fällt schnell der Name Lothar Späth. Auch wenn der Superstar in Edmund Stoibers „Kompetenzteam“ vorerst kein Regierungsamt bekleiden kann – zum Stabilitätspakt, zu den deutschen Konjunkturproblemen und zur Bankenkrise hat er dezidierte Ansichten. Gregor J. Mayer traf sich mit Lothar Späth im Rahmen des Deutschlandtages der Jungen Union in Düsseldorf und entlockte ihm auch Ansichten zur Hartz-Kommission, dem „Aufbau Ost“ und zu den Möglichkeiten der Internet-Kommunalverwaltung.

ENTSCHEIDUNG: *Herr Späth, der Haushalt der Bundesregierung war in den vergangenen vier Jahren geprägt durch Sparmaßnahmen. Jetzt will sie öffentliche Investitionen notfalls auch mit Krediten finanzieren – ähnliche wie andere europäische Regierungen. Wird hier international ein neuer Kurs eingeschlagen?*

Im Augenblick habe ich eigentlich den Eindruck, dass man im Hinblick auf die schlechte Lage der Weltwirtschaftskonjunktur bei allen Nationen an gewisse Grenzwerte kommt. Aber es darf jetzt natürlich nicht so sein,

dass die, die sich immer am härtesten um die Einhaltung der Stabilitätskriterien bemüht haben, diese jetzt aufweichen. Das gilt ganz besonders für Deutschland, das harte Stabilitätskriterien quasi als Garantie für die Abgabe der D-Mark eingefordert hat und das deshalb immer besonders sensibel gegenüber der Einhaltung der Kriterien war und sich das „Stabilität sichern“ auf die Fahne geschrieben hatte. Deshalb ist das jetzt auch so gefährlich, wenn man zu locker an die Problematik herangeht und sagt, dass die Kriterien so ernst nicht zu nehmen seien.

Im Kern wird es wohl eine gewisse kleinere Flexibilität geben müssen, zumal momentan konjunkturell die Lage noch schwieriger wird. Aber zu glauben, man könne jetzt plötzlich einen Kurswechsel machen und mit großen öffentlichen Investitionen die Konjunkturbelebung anschieben, ist schlicht falsch. Um die konjunkturelle Lage durch staatliche Programme zu beeinflussen, bräuchte man Finanzen in einer Größenordnung, die überhaupt nicht zur Debatte stehen kann.

Es ist ja auch nicht so, als ob man ankündigen würde einen tatsächlichen Kurswechsel zu machen. Sondern, die Regierung sagt, es bleibt alles beim Alten, aber wir sind dabei ein bisschen flexibler. Im Grunde geht es doch nur darum, wenigstens optisch den Haushalt auszugleichen. Das wird nicht gelingen. In den nächsten Wochen werden die Hiobsbotschaften nur so eindringen und die Wachstumswahlen werden ebenfalls erneut korrigiert werden müssen.

Somit ist ein Nachtragshaushalt unabdingbar. Und dann wird es eng. Dann wird nämlich die Eu-

ropäische Union mitteilen, was sie - nach einem blauen Brief - noch unter den Begriff „Flexibilität“ einordnet und was sie dann wirklich sanktioniert. Denn wenn das einreißt und die Staaten, die gespart haben, letztlich die Dummen sind, dann werden wir erleben, dass ein Wettbewerb darum beginnt, wer die Europäische Kommission am besten hintergeht.

ENTSCHEIDUNG: *Momentan kriselt es auch in der deutschen Bankenlandschaft. Der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Rolf Breuer spricht unter anderem von einem Strukturproblem, hinterfragt dabei das Drei-Säulen-Modell aus Sparkassen, Genossenschafts- und Privatbanken. Haben wir hier noch eine Verschärfung der Krise zu erwarten?*

Wir haben die tief greifenden Strukturprobleme, die im Finanz- und Bankenwesen beheimatet sind, noch nicht abschließend beseitigt. Wir werden erleben, dass da noch eine ganze Reihe von Problemen auf den Tisch kommen. Ich beob-

achte zum Beispiel mit Sorge, dass jetzt die zehnjährigen Mietverträge im Osten auslaufen und es dabei wahrscheinlich noch mal zu einer Neubewertung der ostdeutschen Immobilien in vielen Bereichen kommen wird. Ich glaube auch, dass die Kosten-Ertrags-Relation bei einigen Bankstrukturen - ich will es mal vorsichtig ausdrücken - noch nicht Existenz ausreichend sind. Das heißt, wir werden da auch im Landesbankenbereich noch mal Umstrukturierungen bekommen. Aber auch im Bereich der Privatbanken ist die Sache noch nicht abgeschlossen.

Und schließlich ist da auch noch der Punkt, dass in den kleineren Strukturen wie bei den Sparkassen und Genossenschaftsbanken die Hausbank im Prinzip das Problem ist. Wenn ich mir hier den Mittelstand betrachte, da wird der schon in vielen Fällen aus staatsverbürgten Teilen gemischt finanziert. Bei den Hausbanken ist dabei aber die Betreuungskostenseite nicht gedeckt. Das kommt durch die Margen, die die Bürgschaftsbanken den Hausbanken überlassen. Und da müssen wir jetzt aufpassen, dass nicht einerseits

ZUR PERSON



Gregor J. Mayer, 32, ist Leiter für Informations- und Kommunikationssysteme bei der ZDF.newmedia GmbH.





Der Macher aus Schwaben

ENTSCHEIDUNG: Bei dem, was in den Themengebieten „Arbeit“ und „Wirtschaft“ zur Zeit in Deutschland ansteht, haben Sie ja vor der Wahl für die Zusammenlegung dieser Bereiche in einem Ministerium geworben. Sehen Sie diese Themen personell durch Wolfgang Clement richtig besetzt? Und was muss in diesem Themenkomplex durch den zukünftigen Minister vorrangig umgesetzt werden?

Ich halte Herrn Clement, wenn ich mir das Personal der SPD anschau, für eine gute Besetzung und finde, er muss eine Chance bekommen. Ich kann ihm nur raten, bei der Hartz-Kommission anzufangen oder besser: bei der Deregulierung des Arbeitsmarktes. Wenn er da anfangen will, muss er aus dem Hartz-Konzept die Fantasien von den Realitäten trennen. Die Fantasien sind beispielsweise der Job-Floater oder die Personal-Service-Agenturen, die an staatlichen Monopoleinrichtungen

mit Tarifbindung Leute vermitteln sollen.

Diese Fantasien sollte er wegnehmen und gleich zum Kern kommen: Zumutbarkeit, Umkehr der Beweislast, schnellere Vermittlungen und der technische Umbau der gesamten Organisation sind der Kern. Für junge Leute würde ich zum Beispiel einen riesigen Internet-Bereich aufbauen, in dem sie sich vorstellen können, in dem die Personalchefs der Firmen mit ihnen kommunizieren können. Alles, was man unter dem Begriff Management versteht. Und wenn er das richtig anfasst und dabei auch gleich das Ziel korrigiert, dass es nicht um die Halbierung der Arbeitslosenzahlen geht, dann hat er wirklich eine Chance

die Gewährleistungsträgerschaft der öffentlichen Hand für die Sparkassen abgeschafft wird und andererseits die staatliche Mittelstandsbank diese übernimmt.

ENTSCHEIDUNG: Passen die Bereiche Bauen, Verkehr und „Ost“ Ihrer Meinung nach zusammen?



Strikte Vermummung und Sauberkeit bei der Jenoptik-Tochter M+W Zander

Nein, das ist für die erfolgreiche Koordination einfach zu wenig. Die Koordination des Aufbaus Ost wird dabei für alle Bereiche immer im Wirtschaftsministerium erfolgen müssen. Zum Beispiel spielt das ganze Thema „Firmen-Gründer“ dabei eine Rolle, oder die Steuerpolitik. Und die Investitionen in die Bildung oder Forschung sind ja eigentlich der Schlüssel für den Aufbau Ost. Das Forschungsmministerium spielt eine wesentlich tragendere Rolle als das Ministerium für Straßenbau. Das kann nur erreichen, dass - wenn sie alles finanzieren können - eben genügend Straßen im Osten gebaut werden. Aber schon beim Wohnungsbau hat dieses Ministerium durch vor dem Konkurs stehende Wohnungsbaugesellschaften, leerstehende Plattenbauten und riesige Überversorgungsprobleme arge Schwierigkeiten.

Fazit: Das ist nicht der „Aufbau Ost“. Der beginnt vor allem mit den Bildungs- und Forschungsinvestitionen und in den Universitäten. Und mit der Koordination des Ganzen: Gründer, neue Unternehmen auf die Füße zu stellen und so weiter, das hätte ich schon dazu gebraucht. Aber lassen wir das mal.

ENTSCHEIDUNG: *Kommen wir zum Thema Internet und E-Government. Sie benutzen in Ihren*

Reden gerne das Beispiel des jungen Programmierers, der neu in eine Stadt kommt und sich am liebsten online beim Einwohnermeldeamt ummelden möchte, seine KFZ-Steuer abändern lassen und seine Steuererklärung online abgeben will, sich sogar die Steuermarke für die Hundesteuer online bestellt. Tatsächlich ist es aber in Deutschland so, dass das noch nicht funktioniert. Wäre es nicht einmal an der Zeit, hier ein Modellprojekt in einer Stadt zu wagen?

Ich würde es sofort unterstützen, wenn ein Oberbürgermeister sagen würde, ich mache das Internet-Modell. Ich würde es einer Stadt auch dringend raten, denn sie wird durch nichts populärer als durch einen solchen Versuch. Ich wundere mich eigentlich immer, dass kein Bürgermeister auf die Idee kommt, da mal den ersten Schritt zu tun und die Vorreiterrolle zu übernehmen. Der würde so viel Aufmerksamkeit in der Presse bekommen, das könnte er mit einer Werbekampagne, wie es momentan einige Städte und Regionen für sich machen, gar nicht reinholen. Ich glaube, insoweit wird demnächst mal ein schlauer



Zu Zeiten als „Landesfürst“

Bürgermeister auf die Idee kommen, mit der ersten umfassenden E-Kommunalverwaltung - wenn auch nicht E-Government - anzufangen. Und Sie werden erleben, dass es nicht mehr lange dauert.

ENTSCHEIDUNG: *In welchem Zeitraum lässt sich das Ihrer Ansicht nach verwirklichen?*

Ich würde sagen, in spätestens fünf Jahren haben wir die erste Stadt mit einer kompletten Internet-Verwaltung.

ENTSCHEIDUNG: *Herr Späth, vielen Dank für das Gespräch.*



Späth-ziell betrachtet

Seit letztem Mittwoch verdingt sich Lothar Späth als Kolumnist des renommierten HANDELSBLATT. Wöchentlich wird der Jentoptic-Chef - mal humorvoll, mal polemisch-kritisch - das Finanzgebaren der Regierung kommentieren. Mit rund 200 Redakteuren und etwa 251.000 Leserinnen und Lesern ist das HANDELSBLATT die größte Wirtschafts- und Finanzzeitung in deutscher Sprache.



Deutschlandtag

Von Anträgen



Niemals geht man so ganz – die scheidenden BuVos (v.l.n.r.) Knut Kirsten, Thomas Silberhorn (MdB), Achim Petersen, Hildegard Müller (MdB), Catrin Hannken, Tanja Gönner (MdB), Andreas Jung, André Groos

Vom 18. bis 20. Oktober fand in Düsseldorf der diesjährige Deutschlandtag der Jungen Union statt. Beim Treffen des höchsten Gremiums des größten politischen Jugendverbands in Europa kam es zu Neuwahlen

des Bundesvorstands und des Bundesvorsitzenden, aus denen ein Watten-scheider namens Philipp Mißfelder als der in ihrer Geschichte der Jungen Union jüngster Bundesvorsitzender hervorging. Auf den nächsten Seiten



Schwäbische Spendierhosen: die scheidende LaVo BaWü Edith Grupp überreicht Hildegard Müller kalorienlastiges Übergepäck



Der King von der Waterkant: Rasmus Vöge könnte – mit Mikro bewaffnet – auch als Elvis-Double durchgehen



Blumen vom BuVo für die BuVo Hildegard Müller nimmt's mit H



Mutig, dieser Klaus Kelle von der »Bild«, referierte er doch zum Thema „Werte in der Boulevardpresse“.



Nun meistert er die Schätze: Daniel Walther während seiner Vorstellungssrede; später erhielt er ein Wahlergebnis von über 90 Prozent



Die Be-Tagten: Stanitzek, Stenner, Wüst, Friedel, Terhardt

Tag in Bildern



n und Alt-Bier

wollen wir Euch den Deutschlandtag in Bildern darstellen – facettenreich und unterhaltsam. Weitergehende Informationen zum Leitartikel, den darin enthaltenen Beschlüssen und dem Wahlergebnis fin-

den sich unter www.junge-union.de. Der Deutschlandtag findet das nächste Mal im Oktober 2003 in Cottbus statt.

Fotos: Philipp Niermann, Frank Ossenbrink, Sidney Pfannstiel



Pünktlich angekommen: Katja Pohlmann (GF Junge Gruppe) und Barbara von Wnuk-Lipinski (BuVo des RCDS)



die BuVo: Philipp Mißfelder als Rosenkavalier, mit Humor



Sucht die Löwen: Bremens LaVo Claas Rohmeyer beim Einzug in die Polit-Arena



Nachwuchs immer im Blickfeld: Katherina Reiche



Wem gehört dieser Kopf? Email an die@entscheidung.de. Zu gewinnen gibt's zweimal das neue Buch von Friedrich Merz (mit persönlicher Signatur)



Die geballte bayerische Politik vereint: Georg Fahrenschohn (MdB), Thomas Silberhorn (MdB) und Markus Söder (MdB)



Deutschland

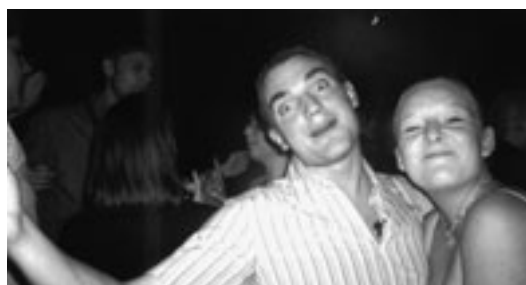
Party on,



Was ist der Unterschied zwischen einem „Bunten Abend“ der JU und einem Live-Konzert im Fußballstadion? Außer in der Örtlichkeit gibt's keinen! Im Kesselhaus in Düsseldorf ließen es Delegierte und Gäste gleichsam – nomen est omen – kesseln. Beim „Bunten Abend“ wurde ausgiebig getanzt, gefeiert und zur sensationellen Musik der Cover-

Band „Sixpack“ abgerockt. Da hielt es selbst den anwesenden Spiegel-Redakteur nicht mehr auf seinem Stuhl...

Im Rahmen dieser Veranstaltung griff der Bundesvorsitzende Philipp Mißfelder zum Mikro und verabschiedete sich gebührend von Hildegard Müller und den Alt-Bu-Vos, die vom herabprasseln-



Tag in Bildern



Wayne!

den Glitterregen sichtlich überrascht waren. Der Verabschiedung schlossen sich die jeweiligen „Landesfürsten“ der Vertreterinnen und Vertreter an und so konnte dann auch irgendwann einmal das Büfett eröffnet werden (wer zuallererst mit Besteck und Teller bewaffnet am Sauerbraten stand, wird hier nicht verraten).

Eine glanzvolle Leistung der JU Düsseldorf, die diesen Abend mitsamt reichhaltigem (und leckerem!) Büfett organisierte und es den (verwöhnten) Gästen an Nichts fehlen ließ! Hier nun ein paar Snapshots aus besagter Nacht, die – wie man im Flurfunk tags drauf aus heiseren Kehlen hören konnte – fast kein Ende fand...



Der Bundesvorstand

der Jungen Union
Deutschlands

Bundvorsitzender



Philipp Mißfelder
(LV NRW)

Stellv. Bundesvorsitzende



Thomas Fürst
(LV Bayern)



Marcus Klein
(LV Rheinland-Pfalz)



André Stolz
(LV Hessen)



Johannes Pöttering
(LV Niedersachsen)

Schatzmeister



Daniel Walther
(LV Brandenburg)

Beisitzer



Sascha
Drescher
(LV NRW)



Dr. Christoph
Israng
(LV Bayern)



Astrid
Jantz
(LV Berlin)



Jan-Hendrik
Klaps
(LV Oldenburg)



Christian
Kremer
(LV NRW)



Carolin
Opel
(LV Bayern)



Nadine
Pallas
(LV Bayern)



Matthias Präfrock
(LV Baden-Würt-
temberg)



Heiko
Rottmann
(LV NRW)



Konstantin Schwab
(LV Baden-
Württemberg)



Malte Steckmeister
(LV Schleswig-
Holstein)



Sven
Spielvogel
(LV Sachsen)



Tom
Zeller
(LV Hessen)

Beschlüsse zum Leitantrag 2002 der Jungen Union Deutschlands

zusammengestellt von Nicolas Wendler, Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle

Biopolitik und Menschenwürde

- ☛ Erneuerung des Bekenntnisses zum Lebensschutz vom frühest möglichen Zeitpunkt an, der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle. Definition der „totipotenten“ embryonalen Zelle als Träger der unantastbaren Menschenwürde.

Fertilitäts- und Pränatalmedizin

- ☛ Ablehnung der PID (Präimplantationsdiagnostik) als Einstieg in die Selektion menschlichen Lebens nach Qualitätskriterien. Therapie oder der Selektion.
- ☛ Forderung, eine In-vitro-Fertilisation in Deutschland nur verheirateten Paaren zugänglich zu machen, um die Zahl der in vitro erzeugten Embryonen im Sinne des Embryonenschutzgesetzes zu minimieren.
- ☛ Forderung nach einer gesetzlichen Neuregelung der Spätabtreibungen nach medizinischer Indikation und nach Überprüfung der Praxis der PND (Pränataldiagnostik) in Bezug auf ihre Anwendung zum Zwecke der
- ☛ Ablehnung der Leihmutterchaft.

Stammzellenforschung

- ☛ Forderung nach Förderung der Forschung an adulten Stammzellen und verbesserte Aufklärung der Öffentlichkeit.
- ☛ Forderung nach Ablehnung von Gewinnung neuer Stammzelllinien durch verbrauchende Embryonenforschung auch im Fall der so genannten „überzähligen“ Embryonen, die nach ihrer Erzeugung nicht mehr im Sinne des Embryonenschutzgesetzes zur Herbeiführung einer Schwangerschaft übertragen werden können.
- ☛ Forschung an embryonalen Stammzellen nur zum Zwecke der Grundlagenforschung und nur an existierenden embryonalen Stammzelllinien, die in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen.

Sterbehilfe

- ☛ Befürwortung der passiven Sterbehilfe durch Verzicht auf die Ausschöpfung aller intensivmedizinischen Möglichkeiten und der indirekten Sterbehilfe durch die Nebenwirkung einer Therapie zur Schmerzlinderung in extremen Fällen.
- ☛ Befürwortung eines klaren und ausdrückliches Verlangens hin und Forderung nach der Aufrechterhaltung der Strafbarkeit entsprechender Tötungshandlungen.
- ☛ Ablehnung jeglicher aktiver Sterbehilfe auch auf ernstliche
- ☛ Forderung nach dem Ausbau der Palliativmedizin, einschließlich ihrer Rolle in der medizinischen Ausbildung und nach stärkerer Unterstützung der Hospizbewegung.

Umweltschutz

- ☛ Forderung nach einer globalen Initiative zur Bewahrung der Schöpfung mit der Festsetzung international gültiger Umweltstandards, einschließlich der Begrenzung des Flächenverbrauchs.
- ☛ Forderung nach einer Umweltpolitik, die sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben marktwirtschaftlichen Lösungsansätzen verpflichtet fühlt.
- ☛ Aufforderung an die Industrienationen und insbesondere die USA, ihre Verpflichtungen zur CO₂-Reduktion aus dem Kyoto-Protokoll zu erfüllen.

Gesellschaft und Staat

- ☛ Forderung nach einem durchgängigen und gelebten Subsidiaritätsprinzip, das den Bürger vor den Staat und die kleinen Einheiten vor die großen Einheiten stellt – im politischen System wie in der Wirtschaft.
- ☛ Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch Wiedergewinnung von Kompetenzen und die Einführung des strikten Konnexitätsprinzips zwischen allen staatlichen Ebenen bei der Zuweisung von Aufgaben und Finanzmitteln.
- ☛ Stärkung der Länderkompetenzen durch Rückübertragung von Zuständigkeiten aus dem Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung bei gleichzeitiger Straffung des Katalogs der im Bundesrat zustimmungspflichtigen Gesetzgebungsmaterien.
- ☛ Bündelung von Wahlterminen der einzelnen Gebietskörperschaften, um die mit dem so genannten „permanenten Wahlkampf“ verbundenen Lähmungs- und Blockadeerscheinungen zu überwinden.

Europäischer Verfassungsprozess

- ☛ Ein europäischer Verfassungsvertrag muss die Charta der Grundrechte, eine Kompetenzaufteilung zwischen Union und Mitgliedsstaaten und eine Neuregelung des Aufbaus und des Verhältnisses der Institutionen enthalten.
- ☛ Forderung nach einer den Gepflogenheiten in den Nationalstaaten vergleichbaren demokratischen Legitimation der europäischen Politikebene, um mit der Zuweisung von Verantwortlichkeit und der Schaffung von Transparenz der (europäischen) Politikverdrossenheit entgegenzuwirken.
- ☛ Forderung nach der Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission durch das Europaparlament und der Personalisierung der Europawahlen durch Spitzenkandidaten der Parteien für dieses Amt.

Har(t)z, der kittet und nicht klebt



Mauschelbrüder:
Schröder, Clement, Hartz

Die Realität verlangt nach tiefer greifenden Reformen

Wie sehr sich die Szenen gleichen: Auch im Vorfeld dieser Bundestagswahl ließen Gerhard Schröder und die SPD keinen Zweifel daran aufkommen, wie sehr ihnen das Thema Arbeitslosigkeit am Herzen liege und wie sehr sie sich bemühen würden, diese deutlich zu senken. Doch im Gegensatz zur Wahl von vor vier Jahren dürfte das Thema nicht mehr entscheidend zum Gewinn der Bundestagswahl beigetragen haben; zu offensichtlich war das Versagen der Regierung in der Arbeitsmarktpolitik. So offensichtlich, dass nach vier langen Jahren hilfloser Aktionen nur noch ein externes Gutachten hel-

fen konnte. Die Hartz-Kommission war geboren.

Die Vorschläge der Hartz-Kommission sind im Wesentlichen Ideen zur schnelleren Vermittlung von Arbeitslosen. Damit greifen sie zu kurz. Indem sich die Hartz-Kommission weitgehend auf die Reform des Arbeitsmarktes beschränkt, setzt sie an den Symptomen und nicht an den Ursachen der Massenarbeitslosigkeit an. Besonders deutlich wird dies am Beispiel der neuen Bundesländer. Dort kann auch bei deutlich über einer Million Arbeitssuchenden und weniger als 100.000 offener Stellen die beste Job-Vermittlung

nicht den durchschlagenden Erfolg erzielen, den sowohl die direkt Betroffenen als auch unsere Gesellschaft insgesamt dringend benötigen.

Ganzheitlich

Einzig eine konsequent auf qualitatives Wachstum ausgelegte Politik kann zu einem Durchbruch auf dem Arbeitsmarkt verhelfen. Dabei müssen sich Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik einerseits, und Wirtschafts- und Finanzpolitik andererseits ergänzen und so weit wie möglich aufeinander abgestimmt sein. Eine solche ganzheitliche Politik beinhaltet insbesondere die folgenden Punkte:

In der Arbeitsmarktpolitik ist ein grundsätzliches Umdenken erforderlich, weg von der konsequenten Verhinderung niedrig entlohnter Arbeiten und hin zu

ZUR PERSON



Andreas Gerhards, 28, Bankkaufmann, Student der Rechtswissenschaften, ist Mitglied der Kommission Wirtschaft & Soziales der Jungen Union.

einer staatlichen Unterstützung niedriger Einkommen. Erst dadurch werden zahlreiche Aufgaben, die heute gar nicht erst legal und auf dem ersten Arbeitsmarkt angeboten werden, wieder finanziell attraktiv und damit auch nachgefragt. Ohne eine Öffnung des so genannten Niedriglohnssektors ist eine wesentliche Reduzierung der Arbeitslosenzahlen völlig illusorisch. Derartige Systeme – wie beispielsweise die negative Einkommensteuer – haben sich in den USA bereits seit vielen Jahren bewährt und sind auch auf Deutschland übertragbar, ohne dass der bei uns bestehende soziale Frieden auch nur ansatzweise gefährdet wäre.

Erst dann kann auch eine längst überfällige Reform der sozialen Sicherungssysteme greifen. Denn selbst die besten Anreize zur Arbeitsaufnahme laufen zwangsläufig ins Leere, wenn nicht in ausreichender Zahl einfache bzw. zeitlich nicht allzu umfangreiche und damit niedrig entlohnte Tätigkeiten auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Ohne dieses zentrale Element sind einzelne Maßnahmen wie beispielsweise der verstärkte Kampf gegen die Schwarzarbeit nichts als der sprichwörtliche Kampf gegen Windmühlen.

Künstliche Beatmung

Ein weiterer wesentlicher Faktor zu mehr Beschäftigung ist eine Wirtschaftspolitik, die sich im Rahmen der Wirtschaftsförderung und der Steuerpolitik insbesondere dem Mittelstand als wichtigstem Arbeitgeber in Deutschland und den Existenzgründern annimmt und diese nachhaltig unterstützt. Unter finanziellen Gesichtspunkten ist dies allerdings nur dann möglich, wenn die künstliche Beatmung sterbender Industrien konsequent abgebaut wird und sich die Wirtschaftsförderung wieder eindeutig am Leitbild des Hochtech-

nologie- und Dienstleistungsstandortes Deutschland orientiert. Jedenfalls dürfen bei alledem nicht Unterstützung und Einmischung verwechselt werden. Dies gilt insbesondere für den im Rahmen von „Basel II“ diskutierten Handlungsbedarf bei der Kreditversorgung des Mittelstandes. Denn wenn am Ende der Staat und nicht mehr der Markt über den Erfolg eines Unternehmens entscheidet, wird dies auf den Arbeitsmarkt reichlich negative Einflüsse zur Folge haben.

Schließlich bedarf es auch in der Finanzpolitik einer Neuorientierung – hin zu einem schlanken Staat, der weder die Verschuldung in unverantwortliche Höhen treibt, noch investitions- und damit konjunkturfeindliches Kaputtsparen als Maß aller Dinge propagiert. Dies ist aber nur dann möglich, wenn die staatlichen Kompetenzen nicht immer weiter ausgebaut, sondern der

gegenteilige Weg beschritten, die Staatsquote reduziert und überflüssige Bürokratie abgebaut wird.

Eins ist sicher: Von der jetzigen Bundesregierung dürfen wir die Umsetzung dieser Schritte nicht erwarten. Damit fragt sich, zu welchen Maßnahmen die CDU bereit wäre. Wird sie beispielsweise eine konsequente Öffnung des Niedriglohnssektors in Kombination mit einer negativen Einkommensteuer oder vergleichbaren Systemen befürworten? Oder will sie sich auch in Zukunft mit weniger grundlegenden und damit auch weniger wirkungsvollen Reformen zufrieden geben? Wir als Junge Union sollten jedenfalls unserem Anspruch als Vordenker und Antreiber gerecht werden und unsere Vorstellungen von einer konsequenten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik offensiv – innerhalb und außerhalb unserer Partei – vertreten.

e



Drei Mann, sechs Mikros, eine Geschichte

Nach mir der Sinkflug

Droht dank Scharpings Vertragswerk dem A400M das Aus, leiden auch die Neuen Länder

ZUR PERSON



Natalia Stanitzek

Die Dipl.-Volkswirtin, 26, ist Bildungsreferentin in der Bundesgeschäftsstelle.

An die zahlreichen Anti-kriegsbeteuerungen von Schröder & Co haben wir uns langsam gewöhnt. Trotzdem gibt es da noch eine – nicht ganz geklärt – und von einem gewissen Herrn Scharping unterzeichnete Bestellung von Militärtransportflugzeugen des Typs A400M. Ist diese nun in den unsäglichen Wirren der ohnehin konfusen Koalitionsverhandlungen vollkommen in Vergessenheit geraten?

Auf jeden Fall steht die Etatplanung des Verteidigungshaushalts dieser Make-Love-Not-War-Politik der Regierung in nichts nach. „Eine Reform von Grund auf“ hatte das Restgespann der Troika damals der Bundeswehr lauthals versprochen. In diesem Punkt hielten sie (überraschenderweise) Wort. Lückenlos wurde von Anbeginn der rot-grünen Ära an die Marschroute der Bundeswehrverwaltung von Grund auf geändert:

Welche Marschrichtung?

Der Verteidigungshaushalt kapituliert vor Eichels Sparplänen und schrumpft auf Mindestgröße. Liegenschaften machen ihrem Namen alle Ehre und verstauben ungenutzt, wie unzählige ausgeschlachtete Fahrzeuge, im Schutz der Kasernen. Deutschland ist

bereits jetzt mit 1,5 Prozent Verteidigungsaufwendungen am Bruttoinlandsprodukt im Nato-Vergleich auf den vorletzten Platz marschiert – nach uns nur noch Luxemburg.

Die Easy-Going-Mentalität bleibt jedoch nicht folgenlos. Bündnispartner richten bestürzt den Blick gen Deutschland und prangern medienwirksam die nicht vorhandenen Verteidigungsbemühungen Deutschlands an. Was hingegen bis jetzt hinter der Diskussionsfront verborgen blieb, sind mögliche verfassungsrechtliche Folgen. Gemäß Artikel 87a GG in Verbindung mit Artikel 24 GG ist der Bund für Landes- und Bündnisverteidigung verantwortlich, was wiederum Einsatzbereitschaft und Bündnisfähigkeit der Streitkräfte voraussetzt. Eine finanzielle Vernachlässigung kann somit einen verfassungsrechtlichen Verstoß bedeuten.

In den Warenkorb

Das am 18. Dezember 2001 unterzeichnete „Memorandum of Understanding“ war ein erstes Signal in die richtige Richtung. In diesem Papier unterzeichnete Rudolf Scharping zusammen mit acht anderen europäischen Partnern die Bestellung von insgesamt 229 Flugzeu-

gen, wobei Deutschland die größte Bestellung – nämlich 73 Modelle – des A400M für sich verbuchen konnte.

Der moderne, schnelle und multifunktionale Militärtransporter gilt als Nachfolger der taktischen Transportkapazitäten in Europa. Durch die langfristige Ablösung der Flugzeugtypen C-130 Hercules und C-160 Transall gewinnt die Bundeswehr nicht nur ein breiteres Spektrum an Einsatzmöglichkeiten, sondern auch einen beachtlichen Teil an außenpolitischer Unabhängigkeit hinzu.

Doch der Verteidigungsminister a. D. stand von Beginn an mit Vertragsverhandlungen und -partnern auf Kriegsfuß.



- wegen einer Bestellung (eines milliardenschweren Rüstungsprojekts) ohne Zustimmung des Bundestages

- wegen einer Verpflichtungserklärung über ca. 9,5 Milliarden Euro und mit der Gewissheit, davon haushaltsrechtlich lediglich 5,1 Milliarden Euro absichern zu können

- wegen einer Schadensersatzklärung über drei Milliarden Euro im Falle einer erheblich kleineren Abnahmemenge (von 40 Flugzeugen und weniger)

Kein Abheben, aber Bruchlandung

Die Union forderte bereits zu Beginn der Beschaffungsvorhaben einen Nachtragshaushalt zur korrekten Sicherstellung der Finanzierung. Der Wahlkampf-Schlachtplan der Regierung baute jedoch auf den – wenngleich fragwürdigen – Ruf des eisernen Sparministers. Ein Nachtrag im Bundeswehretat hätte hier die fragile Sparstrategie Eichels in der Gänze zum Einsturz gebracht.

Nun aber ist der 22. September Schnee von gestern. Die Angst, dass die miserable Haushaltslage des Bundes an die Öffentlichkeit geraten könne, ist nunmehr nichtig und so kam bereits kurze Zeit nach der Wahl die bittere Wahrheit ans Licht: „Finanzminister enttarnt Haushaltslöcher von über 15 Milliarden Euro“.

Folgernd wird nicht auf wirtschaftspolitische Reformen zur Belebung der Konjunktur, sondern neben eklatanten Steuer- und Lohnnebenkostenerhöhungen auf die Fortsetzung des altbekannten Sparkurses gesetzt. Wäre nun das Projekt A400M von den Einsparungen betroffen, bliebe das nicht ohne Konsequenzen:

- Bei einer Abnahmestückzahl unter 40 Maschinen würde die Verbindlichkeit durch die gestiegenen Stückpreise etwa 5,1 Milliarden Euro betragen
- Bei steigenden Kosten behalten sich auch die anderen europäischen Vertragspartner einen Rücktritt aus den Vertragsmo-

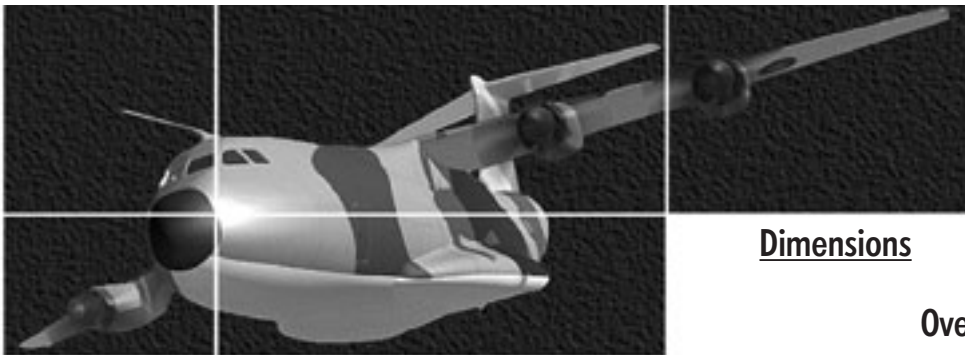
dalitäten vor

- Sinkt die Gesamtbestellmenge unter 180 Flugzeuge, so gerät die generelle Produktion der A400M ins Wanken

Vor allem aber ziehen erneut und ungewollt die neuen Bundesländer den „schwarzen Peter“. Bekanntermaßen plant EADS (European Aeronautic Defence and Space Company), die zu 60 Prozent am Bau des A400M beteiligt ist, leistungsfähige Unternehmen aus Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern mit in den Produktionsfluss zu integrieren. Im Falle eines Scheiterns des Projekts wäre auch dieser Lichtblick in der düsteren Arbeitsmarktsituation Ostdeutschlands erloschen.

Endgültige Gewissheit wird wohl erst Mitte November herrschen. Dann will Scharpings Nachfolger Struck die Liste mit den Bundeswehr-Posten veröffentlichen, die sich vor dem unbarmherzigen Rotstift des Finanzministers retten konnten.

e



Dimensions

Overall Length:	42.2 m (138 ft 5 in)
Overall Height:	14.7 m (48 ft 3 in)
Wing Span:	42.4 m (139 ft 1 in)
Gross Wing Area:	221.5 m ² (2384 ft ²)
Cargo Floor Height:	3.85 m (12 ft 7 in)
Cargo Floor Width:	4.00 m (13 ft 1 in)
Flat Floor Length:	17.71 m (58 ft 1 in)
Cargo Floor Area inc. ramp:	92 m ² (990 ft ²)
Cargo Hold Vol. inc. ramp:	356 m ³ (12 580 ft ³)

Spielball mit Vergangenheit

Ein Paradigmenwechsel deutet sich an und Europas Einfluss wächst

Das transatlantische Verhältnis hat sich in den letzten zehn Jahren spürbar gewandelt. Während des Kalten Krieges lag der Schwerpunkt des außen- und sicherheitspolitischen Engagements der USA vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts in Westeuropa. Die NATO hatte für die USA die Funktion, das sicherheitspolitische Bollwerk der Freien Welt gegenüber dem Ostblock zu sein. Für die westeuropäischen Länder stellte sie die Möglichkeit dar, sich gegen die Sowjetunion abzusichern. Dadurch standen die USA als alleiniger Anführer

der westlichen Welt im Verbund mit ihren kleineren Partnern nie in Frage.

Als nach dem Ende des Kalten Krieges der Ostblock zerfiel, änderte sich das Paradigma der Weltpolitik. Aus einem bipolaren System war ein unipolares mit den USA als einziger Supermacht und als natürlichem Anführer der nun konkurrenzlosen Freien Welt geworden. Doch seit Mitte der neunziger Jahre deutet sich ein weiterer Paradigmenwechsel an. Die Tendenz geht zu einer multipolaren Welt. Der Aufstieg Chinas und der voran-

schreitende Einigungsprozess innerhalb der Europäischen Union deuten auf diese Entwicklung hin. Angesichts dieses Trends müssen wir die transatlantische Partnerschaft in Bezug auf die Verteilung von wirtschaftlicher, politischer und militärischer Macht neu definieren.



Reagan:
„Mr. Gorbachev,
tear down this wall.“

Zunächst möchte ich ein paar Ereignisse schildern, die den Wandel im atlantischen Kräfteverhältnis verdeutlichen:



Sitz der Nato

- Der wirtschaftliche Integrationsprozess innerhalb der Europäischen Union mit der Einführung des Euro als bisherigem Höhepunkt hat das wirtschaftliche Kräfteverhältnis zwischen Amerika und Europa nachhaltig verändert. Mit der EU-Osterweiterung wird der europäische Wirtschaftsraum weiter vergrößert und hat damit die Chance, eine Dynamik zu entwickeln, die Europa zum wachstumsstärksten Binnenmarkt macht.
- Die Weigerung der USA, den Atomtestsperrvertrag und das Verbot von Landminen zu ratifizieren, hat international zu einer Isolierung der USA geführt. Hier sind die europäischen Staaten zur treibenden Kraft geworden.
- Die Politik der USA gegenüber dem Internationalen Strafgerichtshof hat diese Entwicklung fortgesetzt. Dass die Europäische Union es geschafft hat, gegen die amerikanische Position eine relativ einheitliche Linie zu halten, an der sich die internationale Staatengemeinschaft in weiten Teilen orientiert hat, hat dazu geführt, dass die USA ihre Forderungen auf ein Minimum reduzieren mussten, auch wenn die Einigkeit bei der Fra-

ge bilateraler Sonderabkommen mit den USA bröckelt.

- Der Ausstieg der USA aus dem Kyoto-Protokoll hat wohl die Kräfteverschiebung im atlantischen Verhältnis besonders deutlich gemacht. Bemerkenswert ist hierbei, dass die Europäische Union in der Lage war, zusammen mit Japan auch gegen die USA das Kyoto-Protokoll zu erhalten. Ein wenig beachteter, aber dennoch wichtiger Meilenstein war der Beitritt Russlands, Australiens und Chinas auf der UN-Konferenz zur nachhaltigen Entwicklung im September 2002 und damit das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls.

Dieser Auszug verschiedener Vorgänge der letzten Jahre verdeutlicht, dass sich innerhalb der westlichen Staatengemeinschaft mehr und mehr die beiden gleichberechtigten Pole Amerika und Europa herauskristallisieren. Es ist zu beobachten, dass die USA, obwohl an absoluter wirtschaftlicher, politischer und militärischer Macht stärker als je zuvor,

zusehends in die internationale Isolation geraten. Diese Entwicklung ist keineswegs in der Außenpolitik der Administration Bush allein begründet. Diese Tendenzen zeigten sich bereits unter der Clinton-Regierung. Das Entscheidende ist, dass in der Weltpolitik ein multipolares System mit den Polen USA, Europa, Russland und China das bisherige unipolare System unter Führung der USA ablöst. Ein multipolares System folgt jedoch anderen Regeln als ein unipolares. Unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges wäre es unmöglich gewesen, gegen die USA ein internationales Abkommen wie das Kyoto-Protokoll durchzusetzen. In dem neuen weltpolitischen System lässt sich Macht nicht mehr in den alten Kategorien messen. „Hard Power“ in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht wird zwar ein wesentlicher Faktor bleiben, doch wird es in Zukunft immer stärker darauf ankommen, in einem unübersichtlichen Umfeld durch Verhandlungsgeschick und Diplomatie Mehrheiten zu sichern. Mit diesen neuen Spielregeln hat Europa einen natürlichen Vorteil. Die Europäische Union selbst funktioniert nach dem Konsensprinzip, und kein europäischer Staat verfügt für sich allein über die Stärke, die Weltpolitik maßgeblich zu beeinflussen.

Diese Überlegungen sollen nicht nahe legen, dass Europa sich in einen Machtkampf mit den USA begeben sollte. Ganz im Gegenteil. Es geht um die Frage, wie die Probleme in der internationalen Politik am besten gelöst werden können.



Runde Sache?
Das nordatlantische Bündnis.

ZUR PERSON



Maximilian Benner, 20, ist Mitglied des Bezirksausschusses der JU Oberbayern und Stadtrat in Rosenheim.

Alternative zu Kyoto?

Im Gegensatz zum Kyoto-Protokoll setzt US-Präsident George W. Bush auf freiwillige Maßnahmen und Steueranreize. Umweltorganisationen üben scharfe Kritik

Washington - US-Präsident George W. Bush hat ein Alternativprogramm zum Klimaschutzabkommen von Kyoto vorgestellt, das auf die freiwillige Reduzierung von Treibhausgasen setzt. Umweltgerechtes Verhalten von Firmen, Bauern und Einzelpersonen soll demnach mit Steuervorteilen belohnt werden.

Bush schlug Steueranreize von 4,6 Milliarden Dollar über einen Zeitraum von fünf Jahren vor, um einen sparsamen Umgang mit Energie, den Einsatz erneuerbarer Energien und neue Technologien zu fördern. Statt fester Begrenzungen für den Kohlendioxid-Ausstoß von Kraftwerken soll die Höhe der Treibhausgas-Emissionen allerdings an das Bruttoinlandsprodukt geknüpft werden. Er will damit die Treibhausgase in den nächsten

zehn Jahren um 18 Prozent senken. Die USA sind weltweit der größte Verursacher von Treibhausgasen, zu denen vor allem das schädliche Kohlendioxid zählt. Der US-Präsident hatte im vergangenen Jahr den Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll mit Nachteilen für die US-Wirtschaft begründet.

Die Umweltschutzorganisation WWF kritisierte das neue Programm als völlig unzureichende Antwort auf den Klimawandel und sprach von einer „armseligen Politik“ Washingtons. Greenpeace sprach von „Augenwischerei“.

(AP/dpa vom 08.11.2002)



Bush jun.

Langfristig können der Einsatz für Menschenrechte und Umweltschutz oder der Kampf gegen den Terrorismus und gegen Armut nur erfolgreich sein, wenn die USA und Europa zusammenstehen und ihr wirtschaftliches, militärisches und politisches Gewicht einbringen. In diesem Rahmen kann eine eigenständige europäische Außenpolitik durchaus eigene Akzente setzen. Europa kann eine sehr hilfreiche Vermittlerrolle einnehmen. Die besonderen Beziehungen Großbritanniens zu den USA und Deutschlands zu Russland sowie das allgemein gute Verhältnis Europas zu China platzieren die EU in der Mitte der neuen Weltordnung. Dies wird auch Auswirkungen auf die NATO haben. Das Gewicht Europas in der Allianz kann spürbar steigen, wenn Europa mit einer gemeinsamen

Stimme spricht. Insbesondere für eine eventuelle künftige amerikanisch-europäisch-russische Partnerschaft, langfristig vielleicht sogar im Rahmen der NATO, wäre diese Funktion der EU wichtig.

Um das transatlantische Verhältnis auf eine neue Basis zu stellen, brauchen wir weder eine kurzfristige uneingeschränkte Solidarität, noch einen deutschen Bundeskanzler, der den anti-amerikanischen Zwerge aufstand probt. Europa als Ganzes muss sich in

die Lage versetzen, eine „Partnership in Leadership“ anzunehmen, wie sie der frühere US-Präsident George Bush Helmut Kohl angeboten hat. Dafür muss Europa allerdings seine Hausaufgaben machen. Dem Ziel des EU-Gipfels in Feira, die EU zum dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, müssen endlich, besonders in Deutschland, mutige Reformen folgen. Die EU-Mitgliedsstaaten müssen die Schnelle Eingreiftruppe (European Rapid Reaction Force) aufstellen und ihre Militärhaushalte auf ein akzeptables Niveau erhöhen. Und vor allem müssen die europäischen Institutionen im Hinblick auf eine größere Handlungsfähigkeit der Union in der Außenpolitik reformiert werden.

Durch entschlossene Bemühungen in diese Richtung, die in besonderem Maße eine deutsche Bundesregierung verfolgen müsste, kann Europa aus seinem Schatten in der internationalen Politik heraustreten und seine Verantwortung annehmen. Wir merken immer mehr, dass sich Europa auch im eigenen Interesse seiner Pflicht stellen muss. Die Europäische Union hat die einmalige Gelegenheit, zusammen mit den USA die internationale Politik im positiven Sinne maßgeblich zu gestalten. Wir müssen diese Chance jetzt ergreifen!

e



Kohl und Gorbatschow: Der Anbeginn der Zukunft

Des Kanzlers Gürtelschnalle



Konstantin Schwab

Es ist nicht die Zeit, neue Forderungen zu stellen. Das hat der Kanzler in seiner Regierungserklärung gesagt. Und wo er recht hat, hat er recht, der Kanzler unseres Vertrauens. Nun ist es bei Regierungserklärungen eben so: Die Regierung erklärt uns etwas. Und wie oft schon bei dieser Regierung, können wir das, was da lang und breit erläutert wird, nicht so ganz verstehen. Deshalb muss jede Regierungserklärung ein paar markige Sätze enthalten, die haften bleiben und die sich in den Überschriften am nächsten Tag gut machen. Wer besonders ehrgeizig ist, prägt einen Satz, der vielleicht auch das Zeug zu einem Zwischentitel einer zeit-historischen Abhandlung hat. Das ist Schröder klar misslungen mit seinem Versuch, ein wenig umständlich und mäßig prägnant einen berühmten Kennedy-Spruch abzukupfern und dann nicht mehr ganz verständlich als eigenen Einfall aussehen zu lassen.

Die Kommentatoren haben Schröders Ausflüge in die große Rhetorik aber kalt gelassen. Von seiner lustlosen Regierungserklärung blieb nur ein Satz übrig, der zitiert und interpretiert wurde: Es ist nicht die Zeit, neue Forderungen zu

stellen. Sprach's und tat das genaue Gegenteil. Seit Schröders Erklärung kommt nämlich aus dem Kanzleramt vor allem eines: neue Forderungen der Regierung. „My unfair Schrödy“, ulkt da das sonst wenig komische (im übrigen auch wenig zitierfähige) „Neue Deutschland“ über die umfassenden Abgabenerhöhungs- und Streichungspläne.

Aber auch in Zeiten knappster Kassen und satter Beitragssprünge will die Bundesregierung selbstverständlich nichts unversucht lassen, um den Eindruck zu erwecken, dass es diesem Land an nichts mangelt. Und so wird zuallererst angeschafft, was wirklich am dringendsten gebraucht wird: ein zweiter beamteter Staatssekretär im Bildungsministerium. Zwar macht noch mehr Entourage aus Edelgard Bulmahn noch keine gute Ministerin, aber ein wenig Status darf doch es gerade in diesen schweren Zeiten sein. Da sollten wir mal nicht so viele Forderungen stellen und stattdessen für das gemeinsame Wohl lieber den Gürtel enger schnallen. Das wollte der Kanzler erklären. Für seine eigene Regierung hat er dabei freilich nicht gesprochen.



Europa als Maßstab aller Dinge...

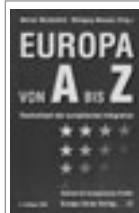
Volker Nies
nies@entscheidung.de

Europa als Thema hat Hochkonjunktur: Die gemeinsame Währung ist noch kein Jahr in unseren Geldbörsen, da werden die Osterweiterung um zehn Staaten und die Basis einer europäischen Verfassung festgezurr. Weil Europa gleichzeitig immer komplizierter wird, bemühen sich eine Handvoll Sachbücher um Orientierung.

Von A bis Z

Erstmals in 1991 erschienen, ist es der Klassiker unter den Nachschlagewerken, der jetzt in achter Auflage vorliegt und in alle EU-Amtssprachen und selbst ins Chinesische übersetzt wurde. Nach einem Überblick über Europas historisches Werden analysieren Experten der europäischen Politik aus Praxis und Forschung in 68 Beiträgen Organisationen und Institutionen, Themen und Aufgaben der Europapolitik. Der Leser wird hierin auch auf zahllose Internet-Adressen verwiesen. Gelungen ist zudem das Europa ABC, in dem 200 oft gebrauchte, aber selten erhellte Stichworte erklärt werden (wie Ecofin-Rat, Left over oder Ombudsmann). Mit-Herausgeber Werner Weidenfeld, Direktor des Zentrums für angewandte Politikforschung und Professor der Universität München, ist eine der profilierten Stimmen der deutschen Europa-Forschung. Aus seiner Sicht hat Europa zwei Möglichkeiten sich zu entwickeln: Entweder als Union mit geistiger und kultureller Identität, die sich als Schicksalsgemeinschaft versteht und eine Idee von sich selbst hat und in der ein „strategischer Grundkonsens“ über Zweck, Ziel und Ausgestaltung eben jener Union besteht. Oder als großen Stabilitätsraum, der von „extremer ökonomischer und ethnischer Heterogenität gekennzeichnet sein“ wird, als eine Art Vereinigte Nationen plus gemeinsamen Markt.

BUCHTIPP



Werner Weidenfeld/ Wolfgang Wessels (Hrsg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration, 8. Auflage, Bonn (Europa-Union Verlag) 2002, 464 Seiten, 19 Euro.

Ein Professor packt aus

Nicht als Lexikon, sondern als knappe erzählende Einführung ist das Werk von Dietmar Herz, Professor für Regierungslehre an der Universität Erfurt, verfasst. Herz stellt sehr anschaulich und lesbar die Geschichte um die sich verändernde Struktur der europäischen Integration dar. Er beschreibt die religiös-geistigen und politischen Voraussetzungen des Zusammenwachsens Europas, die Institutionen, die wichtigsten Politikfelder sowie die Konzepte und Zufälle, die Europa geprägt haben. Beim Blick in die Zukunft vermeidet er den Europapolitikern praktische Ratschläge für die Probleme der kommenden Jahre zu geben. Stattdessen fordert er, Europa müsse zunächst nach „innen integrieren“ und sich darum bemühen, die wachsenden Gruppen in den alten und neuen Mitgliedsstaaten in den Gesellschaft einzubinden. Insbesondere jene, die nicht von der Integration und der Globalisierung profitieren. Der Professor glaubt, dass die nationalen Identitäten langfristig vom europäischen Bewusstsein überlagert würden. Dies müsse aber kulturell und religiös alle Gruppen umfassen, also auch die Millionen Türken in Westeuropa. Damit stünde auch die EU der Türkei prinzipiell offen. Europäisches Bewusstsein entstehe nicht nur durch Institutionen und Symbole, sondern auch durch ein gemeinsames Ziel. Als dieses Ideal schlägt er das Bestreben vor, gegen den Druck der Globalisierung das soziale Antlitz der Gesellschaften zu bewahren.

titäten langfristig vom europäischen Bewusstsein überlagert würden. Dies müsse aber kulturell und religiös alle Gruppen umfassen, also auch die Millionen Türken in Westeuropa. Damit stünde auch die EU der Türkei prinzipiell offen. Europäisches Bewusstsein entstehe nicht nur durch Institutionen und Symbole, sondern auch durch ein gemeinsames Ziel. Als dieses Ideal schlägt er das Bestreben vor, gegen den Druck der Globalisierung das soziale Antlitz der Gesellschaften zu bewahren.

BUCHTIPP



Dietmar Herz: Die Europäische Union (C.H. Beck Wissen), München (Beck), 2002, 144 Seiten, 7,90 Euro.

Etwas zu flapsig für das Thema

Das Dickicht der Begriffe und Fachausdrücke, Institutionen und Entscheidungen rund um die europäische Idee zu lichten, hat sich Hans Jörg Schrötter, Referatsleiter im Presseamt der Bundesregierung vorgenommen. In 160 Stichworten erklärt er von A wie Abschöpfung bis Z wie Zuwanderungspolitik, was sich hinter europäischen Vokabeln verbirgt, ohne gleich – wie die von Weidenfeld herausgegebenen

Bücher – tief schürfende Analysen verfassen zu wollen. Schrötter ist um einen lockeren Stil bemüht. Manchmal wirkt das allerdings eher flapsig, etwa, wenn er schreibt, konkrete Reformpläne für Europas Institutionen würden „vermutlich erst vom Weihnachtsmann gebracht werden. Eines Tages. Vielleicht“. Schrötters nicht sehr stringenter Blick in die Zukunft streift nicht die Herausforderungen, vor denen ein erweitertes Europa steht, sondern konzentriert sich auf den Konflikt, den er zwischen nationaler Identität und europäischen Bewusstsein der Bürger konstruiert. Die herrschende Meinung, dass sich regionale, nationale und europäische Identität ergänzen, diskutiert er nicht. Stattdessen schreibt er, Europas politische Union führe womöglich zu einer „Gleichschaltung nationalitäts- und mentalitätsbezogener Eigenheiten“ in den Mitgliedsländern; die Annahme einer europäischen Identität gefährde geschichtliche Wurzeln und nationale Unterschiede, während in der Bevölkerung die Nationalstaatsidee seit den neunziger Jahren wieder stark im Kommen sei. Für ein Europa-Lexikon eine erstaunlich oberflächliche Schlussfolgerung.

BUCHTIPP




Hans Jörg Schrötter:
Das aktuelle Europa-Lexikon. Politik, Wirtschaft, Zeitgeschichte und Kultur, Bergisch-Gladbach (Bastei-Lübbe) 2002, 300 Seiten, 8,90 Euro.

Betrachtungen aus Übersee

Flott geschrieben und scharf analysierend zieht Elizabeth Pond eine Bilanz der vergangenen zehn Jahre. Die Journalistin und Professorin erinnert daran, dass 1990 nicht ohne Grund heftige Konflikte in Osteuropa und Rivalitäten in Westeuropa befürchtet wurden. Die europäische Integration habe die Sorgen entkräftet. Die Attraktivität der Europäischen Union und das Machtpotential der USA hätten zu einer verblüffenden „Kettenreaktion der Versöhnung zwischen alten Feinden in Mitteleuropa“ geführt. Nach wirtschaftlichen und poli-

tischen Reformen habe Mittelosteuropa Anschluss an die EU gefunden. Die Nachfolgerepubliken der Sowjetunion aber, in denen jeder ökonomische Wandel gescheitert sei, koppelten sich von Europa ab und seien kein ernsthafter Handelspartner. Russlands Wirtschaftskraft etwa liege nicht höher als die der Stadt Houston (Texas). Europa habe das Zeug zur Weltmacht und könne im Welthandel und auf den Devisenmärkten Amerikas Führungsrolle übernehmen. Militärisch aber wollten die Europäer aus ihrer Zwergenrolle nicht heraus. Erfrischend ihr amerikanischer Optimismus: Für die Zukunft dürfe man hoffen, da Europa bisher jede Krise zu vertiefter Integration genutzt habe. Vermutlich übertreibt sie, wenn sie in Europa den ewigen Frieden ausruft und die Konflikte um Landwirtschaftsausgaben und den deutschen Nettobeitrag als fast gelöst nennt. Ärgerlich: Dass amerikanische „billions“ auf Deutsch Milliarden sind, sollte bekannt sein.

BUCHTIPP



Elizabeth Pond:
Die Stunde Europas. Ein Kontinent auf dem Weg zur Weltmacht, Berlin/München (Propyläen) 2000, 415 Seiten, 25 Euro.

Regieren nur die Franzosen?

Obwohl Europa große Schritte unternimmt, um eine Art Staat zu werden, gibt es keine öffentliche Debatte über die politische Gestalt, die es an-

nehmen soll. Diese Tatsache beklagt Larry Siedentop zu Recht. In seinem Beitrag zur Verfassungsdebatte bleibt der Oxforder Professor für Ideengeschichte allerdings oft zu vage, zu praxisfern und zu ausschweifend. Er warnt, dass sich unter dem Einfluss der Regierung in Paris und der französischen Beamten – die in Brüssel bereits heimlich die Macht übernommen hätten – der europäische Föderalismus zum bürokratischen und undemokratischen Zentralismus zu entwickeln drohe. Die Wirtschaft dominiere zu sehr die Politik: Selbst Margaret Thatcher habe sich deshalb von Jacques Delors durch die Aussicht auf den Europäischen Binnenmarkt zu mehr Integration verführen lassen. Europa müsse sich seines christlichen Erbes bewusst werden, das den Kontinent geprägt habe. Wo er konkret wird, zeigt er sich weltfremd: Führende europäische Politiker mit dem Blick für "moralisch und gesellschaftlich erstrebenswerte Richtungsänderungen und der Fähigkeit, auf die Öffentlichkeit erzieherisch einzuwirken", sollten einen Senat bilden, der in Brüssel als Stimme der Autonomie der Nationalstaaten und der Dezentralisierung wirke. Für eine föderale Ordnung, so Siedentops abschließendes Urteil, sei Europa erst in Generationen reif.

BUCHTIPP



Larry Siedentop:
Demokratie in Europa, Stuttgart (Klett-Cotta) 2002, 366 Seiten, 25 Euro.

Friedrich Merz

Friedrich Merz, stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, eröffnet in seinem neuen Buch „Mut zur Zukunft“ nicht nur einen Blick hinter die Kulissen der Macht. Er analysiert die aktuelle politische Lage und formuliert Antworten auf drängende Fragen der Zeit: Arbeitslosigkeit, steuerpolitische Gerechtigkeit, aktive Bürgergesellschaft, Leitkultur, die Bedeutung des „C“ als Grundorientierung, Gentechnik, Gesundheitswesen und Familienpolitik, Bildung und Forschung nach PISA, innere Sicherheit und Freiheit des Einzelnen, Chancen und Risiken der Globalisierung, internationaler Terrorismus und Dialog der Kulturen, Deutschlands zukünftige Rolle in Europa und in der internationalen Politik.



Friedrich Merz:
Mut zur Zukunft
Wie Deutschland wieder an die Spitze kommt 320 Seiten/ e [D] 12,00 ISBN 3-442-15218-4 Goldmann-Verlag München, September 2002



Fort- und Weiterbildung Schulungen

Umsteigen und einsteigen

Vom 24. bis 25. Januar 2003 findet in den Hamburger Messehallen die **EINSTIEG**, Hamburgs Messe für Berufsausbildung und Studium, statt. Auf dem neuen Forum der Berufs- und Studienorientierung für Hamburg und Norddeutschland präsentieren Betriebe, Unternehmen, Hochschulen und private Bildungsträger Schülerinnen und Schülern aller Schulformen ihr Ausbildungs- und Studienangebot. Zu den Ausstellern zählen die **Luft-hansa AG**, der **Norddeutsche Rundfunk** oder die **European Business School**. Umfangreiches Begleitprogramm: Diskussionsrunden und Workshops bieten Orientierung über Ausbildung, Studium und Bewerbung und liefern Einblicke in die verschiedenen Berufswelten.

www.einstieg.com

Online schneller im Job

Einen Durchbruch in der Jobvermittlung bringt ein neuer Service des Karriereportals **StepStone** und dem weltweit führenden Anbieter von Anwendungssoftware, **PeopleSoft**. Anhand der Software 'eRecruit Manager Desktop' können erstmals offene Stellen aus den digitalen Personalmanagement-Systemen der Unternehmen heraus automatisch über die Jobbörse von StepStone europaweit ausgeschrieben werden. Parallel können anhand von selbst definierten Kriterien aus der Lebenslaufdatenbank qualifizierte Kandidaten mit einer state-of-the-art Filtertechnologie selektiert und automatisch in den unternehmensinternen eRecruitment-Prozess integriert werden. Verfügbar ab dem zweiten Quartal 2003.

www.stepstone.de

Monaco-Franze im neuen Gewand

Im Oktober 2003 wird in Monaco die **internationale Capital Conference** der Mode- und Textilindustrie ausgerichtet. Im Rahmen des Kongresses „**World Fashion Forum**“ wird jungen Unternehmen der Mode- und Textilindustrie die Möglichkeit gegeben, im Private Equity Forum internationalen Investoren ihre Konzepte und Businesspläne vorzustellen - gute Chancen also, Beteiligungskapital zu finden. Zu der Konferenz anmelden können sich Unternehmen der Mode- und Textilindustrie (Designer, Hersteller, Technologielieferanten, Dienstleistungsunternehmen, Agenturen...). Als Investoren haben sich bereits internationale Banken, Beteiligungsgesellschaften und Venture Capital Unternehmen angemeldet.

www.worldfashionforum.com

+++ Ticker +++ Ticker +++ Ticker +++ Ticker +++

+++ Der Jugendpresseclub e.V. bietet in seiner Schreibwerkstatt Hilfestellung zur Formulierung von Presstexten und -mitteilungen an. Das Seminar „Auf den Punkt gebracht - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Jugendverbänden“ findet vom 6. bis 8. Dezember in Münster statt. www.jugendpresseclub.de +++

Bits und Bytes und Broadcast

Hohoho: Santa Claus aus dem Web

Nicht nur für Firmenfeste und zu den Feiertagen praktisch: das Online-Branchenbuch des Kölner Verlags **memo-media GmbH** hat Rubriken wie Veranstaltungen und Events, Künstler und Agenturen, Film und Fernsehen, Messen und Tagungen sowie Werbung und Promotion. Beim Stichwort „Weihnachtsmann“ zeigt die Suchmaschine auch auf die „Weihnachtsmann-Show“ der Agentur **Blue Moon** (die Show ist ein Auftritt von singenden Men-Stripperrn). Als Firmenfeier sehr begehrt ist auch das „Weihnachtsbaumschlagen“: Die Agentur **Fedder** organisiert eine große Party im Wald, bei der jeder Teilnehmer seinen eigenen Christbaum fällen kann. „Standard-Zugang“ gratis. „Abonnenten-Zugang“ inklusive Handbuch 75 Euro. www.memo-media.de

Sachen gibt's: Jetzt wird Papier digital

Landré, Hersteller für Büro- und Lernmittel (Marke: Oxford), wird in Kürze das „digitale Papier“ in Deutschland in den Handel bringen. Damit – so der Presetext – soll das Schreiben per Hand sowie die anschließende Weiterverarbeitung auf jedem PC ermöglicht werden. Und beispielsweise Journalisten, Managern, Grafikern und Freiberuflern endlich die Möglichkeit geben, ganz persönliche Emails zu versenden, Arbeitsgänge einzusparen, Termine zu planen und Zeichnungen zu verschicken. www.landred.de

Vorsicht: Würmer, Trojaner, Viren!

Im digitalen Zeitalter hinterlassen User nicht nur Fingerabdrücke in den Wirren des Web, meist sind die heimischen PC's dankbare Nistplätze für allerlei digitalen Unrat. Da sich nicht jeder hinter einer sicheren Firewall vor Angriffen von Außen schützen kann, ist oftmals über-teure Anti-Viren-Software die einzige Impfung für den Computer. Günstiger geht's im Web: „**AVK 11 Professional**“ - der vielfache Testsieger in aktuellen Fachzeitschriften für EUR 19,45 (67% Rabatt), „**Internet Security Kit 2002**“ - das megastarke Abwehr-Bundel - für EUR 64,95 (53% Rabatt) oder das „**Norman Sicherheitspaket**“ - gut und für günstige EUR 14,95 (49% Rabatt). Angebote von www.websupermarket.biz

+++ Ticker +++ Ticker +++ Ticker +++ Ticker +++

+++ **Hohe Kante** +++ Rund 1.700 Euro pro Kopf haben die Deutschen im letzten Jahr gespart +++ Bei einem unterstellten Kaufpreis von 275.000 Euro hätten diese Ersparnisse ausgereicht, um rund 500.000 Einfamilienhäuser zu finanzieren +++ **Fusion perfekt** +++ das Berliner Abgeordnetenhaus billigte den Zusammenschluss des Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg (ORB) und des Senders Freies Berlin (SFB) zum Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) +++ Mit 1.700 Mitarbeitern soll der RBB zum Juni 2003 den Sendebetrieb aufnehmen +++ **Wieder monatlich** +++ Nach zwei Jahren erscheint die "Max" (Verlagsgruppe Milchstrasse) ab Dezember wieder monatlich +++ Die verkaufte Auflage lag im 3. Quartal 2002 bei 270.262 Exemplaren (- 13,3% zu 3/01) +++

NRW

Partnerschaften ohne Ende

Zu einem freundschaftlichen Besuch und Erfahrungsaustausch konnte die **JU Harsewinkel** einige Mitglieder aus dem Partnerschaftsverband Kemnath in der Oberpfalz/Bayern begrüßen. Entstanden war die Partnerschaft im letzten Jahr, als sich die beiden Vorsitzenden **Thomas Vökl** (Kemnath) und **Stefan Sautmann** im Berliner Reichstag anlässlich der Veranstaltung „Jugend im Parlament“ trafen. Neben gemeinsamen Gesprächen und Events gab es für die jungen Bayern auch die Möglichkeit sich über die Stadt und Region zu informieren. So standen ein Treffen mit dem CDU Stadtverbandsvorsitzenden **Hermann Mendel**, Gespräche mit CDU-Bundestagskandidat **Hubert Deitert**, MdB, sowie Harsewinkels Bürgermeister **Reinhard Haase** auf dem Programm. Die Gäste aus dem Süden der Republik trugen sich im Buch der Stadt ein. **Stefan Sautmann** und **Thomas Vökl** zeigten sich gleichermaßen zufrieden mit diesem ersten Treffen. „Wir haben viel machen können und hoffen unseren Freunden aus Süddeutschland die Region einmal näher gebracht zu haben“, betonte **Sautmann** die gute Stimmung während des Aufenthalts. Schon in Kürze ist ein Treffen in der Oberpfalz geplant.



Bayern/NRW

Besiegelt auf der Wies'n I

Als **Marc Hildebrand**, Kreisvorsitzender der **JU Kreis Mettmann**, in den Sommerferien in München war, kam ihm spontan die Idee zu einer Partnerschaft mit einem Münchner JU Verband. Nach einigen Telefonaten und Emails kam es dann zu einem ersten Treffen mit **Stefan Huber**, stellvertretender Vorsitzender des **JU Kreisverbandes München Mitte**. Schnell stand fest: die Partnerschaft muss beim Wies'n-Stammtisch der Bayern besiegelt werden. So zog eine kleine Delegation aus Nordrhein-Westfalen um **Marc Hildebrand** in Richtung München. Neben viel Spaß, viel Bier und viel Feiern gab es auch politische Gespräche. So sind für das kommende Jahr einige gemeinsame Veranstaltungen geplant, wie eine gemeinsame Klausurtagung und der Austausch von kommunalpolitischen Ideen. Der Fun-Faktor darf dabei aber auch nicht fehlen. Die Bayern werden zur Karnevalszeit im Kreis Mettmann erwartet; schließlich liegt Düsseldorf mit seiner Altstadt direkt vor der Tür. Des Weiteren fand in München auch ein Arbeitstreffen mit dem Bundesvorsitzenden der JU Deutschlands, **Philipp Missfelder**, statt, welcher der JU im Kreis Mettmann sehr verbunden ist. Schon vor seiner Wahl war er hier oft ein gern gesehener Gast.

NRW

Wie Phönix aus der Asche

Das Autobahnkreuz Hilden kennt man aus den Verkehrsnachrichten, aber die junge und aufstrebende Stadt im Kreis Mettmann (zwischen Düsseldorf, Köln und

Wuppertal) mit ihren 56.000 Einwohnern ist vielen Leuten sonst kein Begriff. Ähnlich erging es den Hildenern in Bezug auf die Arbeit der JU. Wenngleich die **JU Hilden** in den 70er und 80er-Jahren ein sehr aktiver Verband – mit Kontakten zu Partnerverbänden in England und Italien (!) – gewesen war. Doch die organisatorischen Zugpferde überschritten die Altersgrenze. So gab es auf der Karte des zehn Städte umfassenden Kreises Mettmann einen weißen Fleck, der mittlerweile wieder schwarz geworden ist. **Marc Hildebrand**, Vorsitzender der JU im Kreis Mettmann und die frischgebackene Bundestagsabgeordnete **Michaela Tadjadod** gingen auf die Suche nach neuen Leuten, die in Hilden JU Arbeit machen wollten...und sie wurden fündig. Völlig gegen den Trend der herrschenden Politikverdrossenheit entstand ein kleines aber feines Vorstandsteam, das von der 21-jährigen **Soulaika Amkhatriou** angeführt wird. Zwischenzeitlich lebt die JU in Hilden wieder, was sich an den Mitgliederzahlen widerspiegelt. Innerhalb kürzester Zeit kamen 60 Mitglieder zusammen und es kommen ständig neue Interessenten hinzu. Für die Weihnachtszeit sind die ersten kleinen Aktionen geplant und 2003 soll die politische Arbeit richtig losgehen. Schon jetzt hat die CDU Ratsfraktion ihre Unterstützung angeboten: Man wünscht sich für die Kommunalwahl 2004 einige neue Ratsmitglieder aus den Reihen der JU.

NRW

Spiel, Satz und Sieg: Viersen

Tief im Westen (des Ruhrgebiets) liegt der Kreis Viersen an der Grenze zu den Niederlanden –



mit etwa 300.000 Einwohnern in neun Städten und Gemeinden das Fundament für eine äußerst aktive Junge Union. Denn Mitgliederschwund und Politikverdrossenheit sind hier Fremdwörter; seit Jahren gibt es einen positiven Trend, der durch die Bundestagswahl nochmals unterstützt wurde. Der über 500 Mitglieder umfassende Kreisverband, der in der Vergangenheit schon einige pfiffige Internet-Auftritte (siehe Kästen) dazu genutzt hatte, Mitglieder zu werben, entwickelte erstmals eine eigene Kampagne für den Wahlkampf 2002. Um den Slogan „ich-will-stoiber.de“ wurde ein umfassendes Konzept von Aktionen, Kommunikationswegen und Werbemitteln für die Bundestagswahl entworfen und später konsequent umgesetzt: eine ansprechende Homepage mit Fotos der laufenden Aktionen, einer Unterstützerliste für **Edmund Stoiber**, einem Merchandising-Shop und Links zu den wichtigsten Stoiber-Domains war Mittelpunkt aller Aktionen. T-Shirts, Hemden, Aufkleber und die lebensgroßen Papp-Stoiber entwickelten sich hier zu echten Verkaufsrennern. Gleichzeitig nutzten die Juler vor Ort die T-Shirts und Plakat-Überkleber bei ihren Wahlkampfauftritten – wie den Canvassing-Ständen mit bayerischen Weißwürsten und Weißbier. Für

eine Open-Air-Veranstaltung mit **Helmut Kohl** im benachbarten Krefeld wurden eigens A3-Plakate mit dem Slogan „Idol Kohl“ gefertigt, beim folgenden Auftritt von **Edmund Stoiber** glich der Marktplatz einem Meer aus „ich-will-Stoiber.de“-Plakaten. Dem Generalsekretär der NRW-CDU, **Herbert Reul**, gefiel diese Aktion sogar so gut, dass er einige tausend weitere Plakate für sämtliche Auftritte Stoibers in NRW orderte und den Slogan später auf eigene Plakate drucken ließ. So fand der Slogan aus dem Kreis Viersen seinen Weg zu



Wahlkampfveranstaltungen in Schwerin und Berlin. Durch eine gezielte Aktion im Internet-Auktionshaus Ebay wurden insgesamt 7.500 Aufrufe der ich-will-stoiber.de-Seiten erreicht. Alleine die Versteigerung eines Papp-Stoibers über die Start-Seite von Ebay (eine der meist frequentier-

ten Internet-Seiten überhaupt) brachte 3.500 interessierte User zur Aktion der Viersener JU. Ein professioneller Erstwählerbrief sorgte besonders bei jungen Wählern für Interesse an der CDU und viele ließen sich am Wahlabend die lokalen Wahlergebnisse per SMS von der JU auf ihr Handy senden. Mit diesen Aktionen kann sich die **JU Kreis Viersen** sicher sein, ihren Teil zum Wahlergebnis von 44 Prozent im Kreis geleistet zu haben. Kopf hinter all diesen Aktionen ist der stellvertretende Kreisvorsitzende **Michael Radomski**, der mit dem Kreisvorsitzenden **Michael Aach** und den Internet-Spezialisten und JU-Mitgliedern **Simon Pex** und **Christian Lange** alle Aktionen plante und durchführte. Mit den Erfahrungen aus der Kampagne will die JU für den Kommunalwahlen 2004 mit neuen Konzepten an den Start gehen ...

Baden-Württemberg

Frauen-Power im Südwesten

Erstmals in der 41-jährigen Geschichte des **Tuttlinger Kreisverbandes der Jungen Union** steht eine Frau an dessen Spitze. Nahezu einstimmig wurde **Clarissa Schnekenburger** aus Liptingen bei der Mitgliederversammlung zur neuen Kreisvorsitzenden gewählt. Unter Beibehaltung des bisherigen Kurses sollen die Jungunionisten weiter „mit offenen Augen durch die Welt gehen, sich einbringen und vor allem wieder Vertrauen in die Politik herstellen“, erläuterte die 21-jährige Studentin in ihrer Vorstellungsrede ihre Ziele. Ihr Vorgänger **Tobias Schumacher** hatte nach zwei Jahren Amtszeit aus beruflichen Gründen nicht mehr kandidiert.

NRW

Der größte Ortsverband???

JU'ler aufgepasst: Jetzt haben wir eine neue Nuss zu knacken! Der **JU Ortsverband Marmagen** (Kreis Nettersheim/Euskirchen) hat mit 83 Mitgliedern auf 1.600 Einwohner im Ort eine Quote von 5,2 Prozent JU-Mitgliedern gegenüber der Gesamtzahl der Einwohner. Wir suchen nun einen Ort, in dem ein eigenständiger Ortsverband der JU existiert, der diese Quote toppen kann. Eure Info mit totalen Zahlen bitte per Email an redaktion@entscheidung.de. Möge der Größte gewinnen!

NRW

Babyblaues Infotainment



Seit Kurzem präsentiert sich die **JU Engelskirchen** im neuen Gewand seinen Usern im Web. Viel Information, Nachschlagewerke zu PISA und PISA E sowie alles Wissenswerte rund um den Kreisverband lassen sich sekundenschnell abrufen. Die Seitenbastler sind eine Partnerschaft mit Amazon.de eingegangen. So lässt sich per Link auch im Sortiment des Online-Buchshops stöbern. www.ju-engelskirchen.de (Welche Homepage ist erwähnenswert? Kurzer Hinweis an die@entscheidung.de)

Bayern

Online-Mag „Jugendstil“

Neue Wege geht **Maximilian Benner**, Kreisvorsitzender der **JU Rosenheim-Stadt**: Um die letzten News aus dem Stadtverband der interessierten Leserschaft so schnell als möglich zu präsentieren, wurde kürzlich die Homepage des Online-Magazins „Jugendstil“ freigeschaltet. Viele Fotos, viele Beiträge der Aktiven, Kommentare und Neues aus dem Stadtrat sind hier zu erfahren. www.ju-rosenheim.de/jugendstil

NRW

Du darfst nicht probieren, Obelix! (die Erste)

Ziemlich umher zieht es derzeit den JU-Kreisvorstand der **Jungen Union im Kreis Herford**. Auf Einladung des Hiddenhauser Ratsmitglieds und JU-Vorsitzenden **Martin Uekermann** besichtigte die JU die Brauerei Felsenkeller in Hiddenhausen – Sundern. Mit einem Ausstoß von mehr als 700.000 hl Bier und einem Anteil von 36 Prozent Fassbier gehört die Brauerei Felsenkeller zu den zehn größten Fassbiermarken in Deutschland. Nach

einer ausgedehnten Betriebsbesichtigung wurde ausgiebig bei einem frischen Herforder Pils über das neu gewonnene Wissen debattiert. „Es ist schon beeindruckend, mit welchem technischem und logistischem Aufwand das »Herrliche Herforder« gebraut wird“, so der JU-Kreisvorsitzende **Christoph Sieker**.

Du darfst nicht (...)! (die Zweite)

Dann öffnete noch die seit 1895 in Herford ansässige Schokoladenfabrik **Weinrich & Co** ihre Tore für die **Junge Union im Kreis Herford**. Auch hier: kompetente Führung. Auch hier: ausgiebiges Debattieren (allerdings über den Weg der rohen Kakao-Bohnen aus Afrika und Südamerika nach Herford – zur Verwandlung als Tafelschokolade). Interessant: Etwa 1.000 Tonnen Haselnüsse werden bei **Weinrich & Co**. pro Jahr geröstet. Die darauf folgende Verwalzung sichert dem Schokoladengenießler später die cremige Konsistenz. „So können wir uns die Schokolade auf der Zunge zergehen lassen“, stellte **Maik Ohm**, stellvertretender JU-Kreisvorsitzender, nach dem Probieren fest.



NRW

Zur Nachahmung empfohlen

„Insbesondere sehr junge Mitglieder zwischen 14 und 20 Jahren konnten in den letzten Wochen für die Junge Union gewonnen werden“, freut sich **Martin Groß-Langenhoff**, Kreisvorsitzender der **Jungen Union Coesfeld**. Insbesondere der Stadtverband Coesfeld-Rosendahl-Billerbeck konnte zahlreiche Eintritte verbuchen und ging als Sieger des Kreis-internen JU-Mitgliederwerbewettbewerbes hervor. Unter allen Neumitgliedern verlorste der JU-Kreisvorstand zwei 4-tägige Reisen in die Bundeshauptstadt. Die glücklichen Gewinner sind **Heike Wilken** (Coesfeld-Lette) und **André Krynewiki** (Coesfeld). www.ju-coesfeld.de

Mecklenburg-Vorpommern

Jung, jünger, am jüngsten

Der 24-jährige **Vincent Kokert** aus Neustrelitz wurde auf dem 12. Mecklenburg-Vorpommern-Tag der **JU M-V** zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Er löst damit John Schäfer ab, der aus beruflichen Gründen nicht wieder kandidierte. Eine Woche zuvor schaffte der neue JU-Landeschef bei der Landtagswahl den Sprung in den Landtag. Mit 24 Jahren ist er der jüngste Abgeordnete im Parlament. Zu seinen Stellvertretern wählten die JU-Mitglieder **Sebastian Ehlers** aus Schwerin, der im Landesvorstand auch Pressesprecher ist, sowie den Rostocker **Wolfgang Grieger**. Neuer Schatzmeister ist **Kay Mieske**.

Brandenburg

Des BuVos 100-Tage-Tour

In der ersten Woche seiner Amtszeit besuchte **Philipp Mißfelder** den Landesverband Brandenburg. Im Rahmen der Tour „100 Verbände in 100 Tagen“ diskutierte der neue JU-Bundesvorsitzende in Potsdam mit den Mitgliedern des Landesvorstandes über die Situation vor Ort. JU-Landeschef **Sven Petke** (MdL) berichtete, dass ein strukturalteratives Land wie Brandenburg eigentlich ein wesentlich größeres CDU-Potenzial aufweisen müsse - stattdessen liege der Unionsanteil in der reichsten Stadt des Landes, Potsdam, bei nur 16,6 Prozent. CDU-Kreisverbänden mit wenigen hundert Mitgliedern fehle es an finanziellen Mitteln - etwa für hauptamtliche Mitarbeiter. „Wie konnte es **Schröder** gelingen, ohne spürbare Erfolge in Ostdeutschland dennoch dort populär zu sein und als kompetent zu gelten?“ Der Landtagsabgeordnete **Ingo Senftleben** forderte die Etablierung neuer Veranstaltungsformen in der Jungen Union, um attraktiver für zusätzliche Zielgruppen zu werden. **Philipp Mißfelder** kündigte eine stärkere Unterstützung der ostdeutschen Verbände an, deren Plattform - die bereits seit Jahren von **Knut Kirsten** und **Daniel Walther**

initiierte Wendgräben-Tagung in Sachsen-Anhalt - fest verankert werden soll. Zudem biete der Deutschlandtag 2003 in Cottbus die Möglichkeit, in den neuen Ländern Flagge zu zeigen.



Die Entscheidung vor 20 Jahren

SPD - Pakt mit den Grünen

Schön, wie sich die Zeiten wiederholen. Chefredakteur **Jürgen Doetz** begrüßt seine Leser (die er im übrigen „Siezr“) mit den Worten:

„Ohne langes Drumherum: diese Ausgabe kommt verdammt spät!“ Als hätte es die letzten 20 Jahre nicht wirklich gegeben, schreibt ein gewisser **Matthias Wissmann** in seinem Kommentar: „Wir müssen die Politik der Union kritisch verfolgen und konstruktiv ergänzen. (...) Um zeitweilige Engpässe (bei der Jugendarbeitslosigkeit, die Red.) zu überbrücken, haben wir das Ausbildungsplatz-Sharing - also die Teilung eines Ausbildungsplatzes auf zwei Auszubildende - für bestimmte Bereiche vorgeschlagen.“

Weiterhin beschäftigte sich die Ausgabe mit den Themen:

- 13 Jahre SPD-Politik: Mehr Schulden als Arbeitsplätze
- Essay von Hessens JU-LaVo Volker Bouffier zur möglichen rot-grünen Koalition in Hessen (hierin ein Stellenangebot des LV Hessen, die einen Landesgeschäftsführer suchten)
- Buchtipp: Stalin, Frühgeschichte des Bolschewismus (Bernhard und Graefe Verlag, München, 1979)



Neue Vorstände

Stadverband Neuss

■ **Vorsitzender:** Sven Schümann ■ **Stellv.:** Thomas Kaumanns
 ■ **Geschäftsführer:** Jens Küsters ■ **Finanzreferent:** Sebastian Scholz
 ■ **Beisitzer:** Alexander Dierselhuis, Dr. Jörg Geerlings, Friederike Kempkes, Felix Kröll, Katrin Schätzlein, Holger Ullrich, Michael Zimmermann

Ortsvorstand Aising-Pang (KV Rosenheim-Stadt)

■ **Vorsitzender:** Hans Sanftl ■ **Stellv.:** Conny Hödl, Susanne Meishammer, Stefan Kumberger ■ **Geschäftsführer:** Sebastian Zierow ■ **Schatzmeister:** Benjamin Hamberger ■ **Beisitzer:** Robert Bucher, Heiko Edlinger, Claudia Feldhofer, Adrian Ferrara, Wolf-Ulrich Krach, Thomas Kubitzki, Georg Gilg

Kreisvorstand Ohrekreis

■ **Vorsitzende:** Katrin Bust ■ **Stellv.:** Bruce Knorr, Ralf Weidhäuser
 ■ **Schatzmeisterin:** Katja Wiesner ■ **Beisitzerin:** Nancy Knorr

Kreisvorstand Halle/Saale

■ **Vorsitzender:** Stefan Schulz ■ **Stellv.:** Ina Schingale ■ **Schatzmeister:** Torsten Pyka ■ **Beisitzer:** Nicole Großmann, Mathias Löser

Kreisvorstand Breisgau-Hochschwarzwald

■ **Vorsitzender:** Norbert Bekermann ■ **Stellv.:** Robert Klotz ■ **Finanzreferent:** Thomas Ehret ■ **Beisitzer:** Simone Ehret, Michael Meister, Sven Ganter, Simon Fechter, Stefan Schiestl

Stadverband Witzhausen

■ **Vorsitzender:** Alexander Kruse ■ **Stellv.:** Andreas Seemann
 ■ **Schriftführer:** Heike Craciun ■ **Schatzmeister:** Ferdinand Theune
 ■ **Beisitzer:** Anke Dräbing, Nicole Holzapfel-Tater

Stadverband Hemer

■ **Vorsitzender:** Christian Wolff ■ **Stellv.:** Tanja Umbach
 ■ **Geschäftsführerin:** Katrin Strecker ■ **Schatzmeister:** Martin Rohländer
 ■ **Pressesprecher:** JanPhilipp Burgard ■ **RB Beisitzer:** Philipp Röster

Stadverband Meinzerzhagen / Ortsverband Valbert

■ **Vorsitzender:** Bernd Salewski ■ **Stellv.:** Nicole Sommer
 ■ **Geschäftsführerin:** Anja Turk ■ **Pressesprecher:** Maik Homuth
 ■ **Schriftführer:** Tobias Kuhn

Kreisverband Stade

■ **Vorsitzender:** Sönke Groß ■ **Stellv.:** Marcel Haberkorn, Torsten Lühau
 ■ **Geschäftsführer:** Axel Gütersloh ■ **Schatzmeister:** Thorsten Stahnke
 ■ **Beisitzer:** Silke Deden, Carsten Harz, Simon Klages, Torben Steffens

Kreisverband Südliche Weinstrasse

■ **Vorsitzender:** Michael Löffel ■ **Stellv.:** Frank Schreieck, Emanuel Warga
 ■ **Schriftführer:** Frederick Paul ■ **Kassenwart:** Stefan Eckerle ■ **Beisitzer:** Alexander Anton, Daniel Kern, Anne Schäfer, Sebastian Weisenberger

Kreisverband Sinzheim

■ **Vorsitzender:** Sven Jopp ■ **Stellv.:** Christian Eberle ■ **Finanzreferent:** Matthias Eberle ■ **Schriftführer:** Simone Böhni ■ **Pressereferent:** Thomas Kopp ■ **Beisitzer:** Markus Dreixler, Thorsten Herrmann, Tobias Herrmann, Gabriel Hurst

Kreisverband Darmstadt-Stadt

■ **Vorsitzender:** Andreas Heckmann ■ **Stellv.:** Patrik Finkenwirth
 ■ **Geschäftsführer:** Patrick Hoffmann ■ **Schatzmeister:** Christoph Finkenwirth ■ **Beisitzer:** Felix Benz, Ina Dürr, Erich Fuhrmann, Katharina Kubicek, Judith Merten, Christina Stierle, Björn Störmer

Gemeindeverband Nettersheim

■ **Vorsitzender:** Lukas Pönsngen ■ **Stellv.:** Marcel Kremer, Alexandra Neamtu, Sebastian Pönsngen ■ **Geschäftsführer:** Daniel Milz
 ■ **Kassenwart:** Christoph Hahn ■ **Schriftführer:** Christoph Huppertz
 ■ **Beisitzer:** Petra Hansen, Peter Crump, Michael Pauls, Johannes Müller

Ortsverband Marmagen

■ **Vorsitzender:** Lukas Pönsngen ■ **Stellv.:** Sebastian Pönsngen
 ■ **Geschäftsführer:** Daniel Milz ■ **Schriftführer:** Christoph Huppertz
 ■ **Beisitzer:** Christoph Hahn, Patrick Lerbscher, Michael Pauls, Claudia Diefenbach, Christina Schmidt, Eva Bramer

Bezirksvorstand Hannover

■ **Vorsitzender:** Michael Winkler ■ **Stellv.:** Andreas Kasper, Wilko Weise, Jens Klugmann ■ **Geschäftsführer:** Lars Pohl ■ **Schatzmeister:** Robin Baum ■ **Schriftführerin:** Julia Lorenz ■ **Pressesprecherin:** Sabrina Gellermann ■ **Beisitzer:** Christian Edom, Matthias Hitmeyer, Cord Kloene, Christian Meyer, Ute Müller, Christian Nordholtz, Sven Reese, Dirk Wente

Stadverband Dülmen

■ **Sprecher:** Felix Hupfer, Tobias Döveling ■ **Teammitglieder:** Maika Butz, Josef Langenberg, Jan-Bernd Althoff

Stadverband Recklinghausen

■ **Vorsitzende:** Katharina Strohmeier ■ **Stellv.:** Alexander Jellinek, Philipp T. Wirkotsch ■ **Geschäftsführer:** Mike O. Kubowicz ■ **Stellv.:** Markus Küpper
 ■ **Organisationsreferenten:** Steven Sliwa, Jan Terjung ■ **Internetreferent:** Andre Lippitz ■ **Schriftführerinnen:** Daniela Münstermann, Susanne Nientied ■ **Beisitzer:** Christian Strohmeier, Katrin Swaczina, Sebastian Gores, Conelia Spoden, Dunia Hajjar, Gordon Hengelbrock, Bernhard Bringewald

Kreisvorstand Hochsauerlandkreis

■ **Vorsitzender:** Matthias Kerkhoff ■ **Stellv.:** Anna Rzymelka, Dominik Fischer, Georg Wienand ■ **Geschäftsführer:** Oliver Kotthoff ■ **Schriftführer:** Sebastian Booke ■ **Pressesprecher:** Tobias Clemens ■ **Beisitzer:** Lukas Brunert, Carla Florath, Martin Birkhölzer, Tobias Hartmann, Roland Hermann, Jens Lohmann, Carola Merz, Kristin Peitz, Jörg Schirrey, Marcel Spork, Magnus Vogt, Sabrina Wistuba

Kreisverband Tuttingen

■ **Vorsitzende:** Clarissa Schnekenburger ■ **Stellv.:** Martin Numberger, Maria Lena Weiss ■ **Geschäftsführer:** Markus Teufel ■ **Schriftführer:** Thierry Schwenk ■ **Finanzreferentin:** Bertold Bunz ■ **Pressereferent:** Wencke Hauser ■ **Multimedia-Referent:** Tim Köllner ■ **Beisitzer:** Boris Fecker, Stefan Hauser, Carola Herter, Torben Keller, Stefan Stützenberger, Thomas Ziegler

Kreisverband Blieskastel

■ **Vorsitzender:** Michael Kreutz ■ **Stellv.:** Jutta Schmitt ■ **Schriftführer:** Claudio di Marco ■ **Organisationsleiter:** Ulrich Kleinpeter ■ **Kassenwart:** Ralf Scheller ■ **Beisitzer:** Esther Backes, Jens Heinen, Andreas Lang, Katharina Lehmann, Christof Kaldenhoff, Marc Kreutz, Manuela Neulist, Christina Spang, Sarah Wendel

Kreisverband Bairsbom

■ **Vorsitzender:** Sabine Harter ■ **Stellv.:** Macel Richter, Manuel Kalmbach
 ■ **Finanzreferent:** Markus Reuff ■ **Pressereferent:** Christian Gaiser
 ■ **Schriftführer:** Gerd Munding ■ **Beisitzer:** Dirk Frietsch, Michael Ruoss, Carolin Elsner, Markus Kälberer, Katja Mayer, Markus Klumpp, Tobias Zepf, Antje Becker, Tilmann Mattheis, Tino Vater

Orts- / Stadverband Spaichingen

■ **Vorsitzender:** Tobias Butsch ■ **Stellv.:** Stephan Stützenberger
 ■ **Finanzreferent:** Christian Kollmar ■ **Schriftführer:** Michael Winker
 ■ **Pressereferent:** Thierry Schwenk ■ **Beisitzer:** Amélie Schwenk, Benjamin Graf, Tobias Kappenschneider, Markus Keller, Martin Numberger

Kreisverband Gera

■ **Vorsitzender:** Oliver Zink ■ **Stellv.:** Christian Klein ■ **Schatzmeister:** Karen Knorr ■ **Beisitzer:** Norman Stein, Keiko Knorr

Landesverband Mecklenburg Vorpommern

■ **Vorsitzender:** Vincent Kokert ■ **Stellvertretende Vorsitzende:** Sebastian Ehlers, Wolfgang Grieger ■ **Schatzmeister:** Kay Mieske ■ **Beisitzer:** Inga Groth, Marc Reinhardt, Robert Becker, Sebastian Ludwig, Ronald Koß
 ■ **Kooperierte Mitglieder:** Johannes Zimmermann, Anja Goldbach

> v o r u r t e i l e

>vorurteil1

Politik ist nichts für

Frauen. Frauen geben sich schon lange nicht mehr mit dem Klischee der "Mutter am Herd" zufrieden. Tatsächlich ist jedes zweite neue Mitglied - zum Beispiel in der Jungen Union Bayern - ein weibliches.

>vorurteil2

In der Jungen Union sind nur Spießer aktiv.

Ob Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, Auszubildende, ob angestellt oder frei beruflich. Mit oder ohne Konfession. Verheiratet oder nicht. Wer sich um seine Zukunft bemüht und Politik macht, ist also spießig?

>vorurteil3

Politik interessiert junge Menschen nicht.

Junge Menschen haben politische Meinungen. Mit etwa 130.000 Mitgliedern ist die Junge Union Deutschlands der größte politische Jugendverband in Europa.

>vorurteil4

Im Bundestag werde ich nie arbeiten können.

Bei der diesjährigen Wahl zum Bundestag sind insgesamt 29 Abgeordnete aus den Reihen der Jungen Union unter die Reichstagskuppel gezogen. Gemeinsam stellen sie fast zehn Prozent der CDU/CSU Fraktion.

Es ist an der Zeit, mit Vorurteilen aufzuräumen.

Es ist an der Zeit für Dich.



> www.junge-union.de





Immer für Sie am Ball! Schnell, exakt, kreativ, zielsicher und voller Power

Wir machen Druck!

- Grafik · Satz · Scan
- 6 Akzidenzrotationen
- 10 Zeitungsrotationen
- Bogendruck
- Buchbinderei
- Fertigung
- Logistik

Über 600 motivierte Mitarbeiter bieten Ihnen auf mehr als 35.000 m² Betriebsfläche Fullservice von der Konzeption über den Druck bis zum Versand Ihrer Geschäftspapiere, Werbedrucksachen, Hochglanzbroschüren, vierfarbigen Zeitungen, Zeitschriften und Prospekte in Millionenaufgabe.

WEISS
D R U C K

Weiss-Druck
GmbH & Co. KG
Postfach 30
52153 Monschau
Telefon 02472/98 20
Fax 02472/98 22 00



MACHT DEN UNTERSCHIED

www.weiss-druck.de